

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von G. M. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Der Mut der Ueberzeugung.

Eine der eigenartigsten Erscheinungen in der Gegenwart ist das laminarartige Anschwellen der proletarischen Organisationen. Während noch vor einigen Jahrzehnten, in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung, die Agitations- und Organisationsarbeit nur geringe Erfolge aufzuweisen hatte, weil die Arbeiter, aller Aufklärung und Anfeuerung zum Trotz, nur langsam, zögernd und widerwillig von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, sehen wir heute, wie die Proletarier in immer dichteren Scharen ihren Organisationen zufließen. Je größer diese Organisationen werden, desto leistungsfähiger werden sie und desto größer wird ihre Anziehungskraft auf die Arbeitermassen. Auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gilt das Gesetz, das wir im Bereiche der gesamten Natur beobachten, daß mit dem Wachsen der Masse auch die Anziehungskraft wächst. Die Soziologen sprechen von dem Geheimnis der großen Zahl, was besagen will, daß größere Organisationen die Fernstehenden viel stärker anziehen, als dies bei kleineren Vereinen der Fall ist.

Manche unserer Kollegen erinnern sich noch jener schweren Zeiten, als die Mitglieder der Arbeitervereine erst nach Dutzenden oder höchstens nach Hunderten zählten, als die Mitgliederzahl trotz aller Mühe und Arbeit nicht wachsen wollte. Sie erinnern sich all der Opfer, die scheinbar unnütz gebracht wurden, all der vergeblichen Bemühungen, die gemacht wurden, um neue Mitkämpfer zu werben. Heute blicken sie mit einem wehmütigen Lächeln auf jene Zeit zurück, wenn sie die Mitgliederzahlen lesen, mit denen heutzutage die Gewerkschaften aufmarschieren, und wenn sie die Mitgliederzahlen betrachten, mit denen die Verbandskassierer heutzutage rechnen. Wer möchte es leugnen, daß man in der Frühzeit des Sozialismus die Werbekraft des Organisationsgedankens überschätzte und daß die Führer und Vorkämpfer jener Tage sich irrten, wenn sie auf einen schnelleren Zutrom Klassenbewußter Proletarier hofften? Ferdinand Lassalle hörte schon im Geiste den Schritt der Arbeiterbataillone, die mit erzenen Sandalen und wallenden Vordenhaar heranrückten, und er meinte, man brauche den Arbeitern nur ihre elende Lage zu schildern und sie würden scharenweise auf dem Plane erscheinen. Und dabei zählte der von ihm gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, in ganz Berlin noch keine hundert Mitglieder, ein Resultat, das uns heute geradezu lächerlich vorkommt. Um so erfreulicher ist es, wenn man den Drang zur Organisation in der Gegenwart mit der früheren Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit vergleicht und wenn man die Fortschritte der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten beobachtet.

Das geradezu märchenhafte Anschwellen der proletarischen Organisationen verfehlt die Kapitalisten und auch weite Kreise des deutschen Bürgertums nicht nur in ärgerliche Erregung, sondern erscheint ihnen auch unbegreiflich und schier rätselhaft. Sie stehen dieser auffallenden Erscheinung verständiglos und ratlos gegenüber und sie suchen deshalb nach einer Erklärung. Daß die modernen Arbeiter aus Solidaritätsgefühl und Klassenbewußtsein sich mit ihren Kollegen zum organisierten Klassenkampf zusammenschließen, will diesen Schichten ohne Ideale, wie man sie genannt hat, nicht in den Sinn; sie wollen es nicht glauben und sie können es auch nicht begreifen, daß selbst die schlechtbezahlten Arbeiter einen Opfermut beweisen, der in bürgerlichen Kreisen vergebens gesucht wird. Und so sind sie denn auf den Gedanken verfallen, daß die Arbeiterorganisationen das Ergebnis eines ungeheuren Zwanges seien, einer terroristischen Gewalt Herrschaft, wie sie die Welt noch nicht gekannt hat. Wie gewisse Leute, wenn sie das Wort Revolution hören, an geschwungene Feigabeln und geschliffene Sensen denken, so schwebt den Scharfmachern und Scharfmachergenossen bei dem Worte Arbeiterorganisation ein dicker Knüttel vor ihrem geistigen Auge, mit dem die Arbeiter von den Hezern und Aufwieglern in die Organisation hineingetrieben werden. Und so phantastieren sie von einem Terrorismus sondergleichen, den die Proletarier gegenseitig aufeinander ausüben, und höhnisch sprechen sie von den Zwangsmitgliedern der Arbeitervereine. Und wenn nun noch hinzukommt, daß jene traurigen Gesellen, die ihre Großen lieber in Fufel anlegen, als daß sie damit ihre Beiträge bezahlen, die üblichen Schauererzählungen von dem Druck ihrer organisierten Kameraden erzählen, wenn sich diese Sklaven der Selbstsucht und des Lasters als Freiheitskämpfer aufspielen, da braucht man sich kaum zu wundern, daß das Märchen vom Koalitionszwang und von dem Terrorismus der Organisationen immer tiefere Wurzeln schlägt und daß es zuletzt zu einem Dogma wird, an dem kein Zweifel erlaubt ist. Die Führer der Arbeiter können sich die Finger lahm schreiben und die Kehle heiser reden, die Gegner der Arbeiterbewegung lassen sich von ihrem Glauben nicht abbringen. Alle andern Berufsstände: Kaufleute und Fabrikanten, Privatangeestellte und Staatsbeamte, Bauern und Handwerker, alle diese Bürgerleute schließen sich freiwillig und aus eigenem Antriebe zu Verbänden zusammen, aber die Arbeiter aller Art werden durch einen ungeheuerlichen Zwang in ihre Organisationen hineingepreßt — an dieser Meinung halten die bürgerlichen Schichten fester als an dem Evangelium der Bibel.

Mit diesem Unsinne müssen wir nun einmal rechnen und wir denken uns kaum noch etwas dabei. Aber auch andre Bevölkerungskreise, die der Arbeiterbewegung an und für sich gar nicht einmal feindselig gegenüberstehen, glauben steif und fest an das Märchen

vom Koalitionszwang, wie man dies häufig beobachten kann. Wie erklärt sich dies? Das ist ein ganz interessantes Thema, dessen Erörterung manches Anregende bietet.

Die hohe Bedeutung und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur 'Gebung' der Arbeiterklasse ist in proletarischen Kreisen noch lange nicht so weit verbreitet, wie es wünschenswert wäre. Besonders unter den Mädchen und Frauen und auch unter den älteren Leuten mangelt es noch sehr an einem genügenden Verständnis. Manche Arbeiterfrau findet es ganz erklärlich, daß der Mann einem Gesangsverein angehört und daß er dort jede Woche einen Abend zubringt, aber daß er einer politischen Organisation angehört, die nur Geld kostet und nichts einbringt, das will ihr nicht in den Sinn. Manche Arbeiterbraut hat nichts dagegen, daß ihr Bräutigam in einen Theaterklub und einen Turnverein geht, und die hiermit verbundenen Geldkosten erscheinen ihr als notwendige Ausgaben, aber was er in einer Gewerkschaft zu suchen hat, wo er die 'hohen Beiträge' bezahlen muß, das versteht sie einfach nicht. Ebenso verhält es sich auch mit zahlreichen Vätern und Müttern, die es für eine unverzeihliche Verschwendung halten, daß ihr Sohn sein Geld in die Vereine trägt. Infolge dieses mangelnden Verständnisses bleiben die Vorwürfe nicht aus. Und da es vielen organisierten Arbeitern an der Fähigkeit, manchmal auch an der Lust fehlt, seine Organisationszugehörigkeit zu rechtfertigen oder zu erklären, lautet die Antwort ganz einfach: Was soll ich machen? Meine Kollegen sind in der Organisation und darum muß ich auch hinein. Es bleibt mir nichts andres übrig. — Es fehlt diesen Leuten der Mut der Ueberzeugung, denn anstatt frei und offen zu erklären, daß sie aus innerer Ueberzeugung der Organisation angehören, weil sie als Klassenbewußte Proletarier ihre Pflicht tun wollen, statt dessen vertriehen sie sich hinter ihre Kollegen und stellen sich an, als ob sie nur dem Druck von außen gewichen seien.

Auf diese Weise setzt sich dann in den Köpfen der Proletarierinnen die Meinung fest, daß der Beitritt zur Organisation die Folge eines Zwanges sei. Und wenn dann ein junges Mädchen von ihrer Dienstherrschaft oder von ihrem Prinzipal gefragt wird, ob ihr Bruder oder ihr Bräutigam auch der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft angehört, dann wird geantwortet: Er muß ja in der Organisation sein, seine Kollegen zwingen ihn dazu. — Derselbe Antwort gibt eine Arbeiterfrau, die zum Scheuer oder Reinnachen geht, wenn ihre Madame fragt, ob ihr Mann oder ihr Sohn organisiert sei. Und wenn eine Arbeiterfrau in der Konsumgenossenschaft kauft, so entschuldigt sie dies manchmal dem Krämer gegenüber, bei dem sie früher ihre Ware entnommen hat, mit der Aussage, daß ihr Mann dies haben wolle, weil seine Kollegen es verlangten.

Auf diese Weise bekommt das Märchen vom Koalitionszwang immer neue Nahrung und der Glaube an den gewerkschaftlichen und politischen Terrorismus gewinnt immer festere Formen. Dann schütteln die biederen Hülfiler und Pfahlbürger ihre weisen Häupter und können es nicht begreifen, daß die Arbeiter sich einen solch unerträglichen Druck ruhig gefallen lassen. Dies ist eine tieftraurige Wahrheit, die man im praktischen Leben tagtäglich beobachten kann.

Allerdings macht sich in neuerer Zeit ein allmählicher Umschwung bemerkbar. Immer breitere Schichten proletarischer Herkunft werden sich der Bedeutung und der Notwendigkeit der Organisationen bewußt. Sie fühlen den Wert und den Nutzen des Zusammenschlusses am eigenen Leibe und immer deutlicher erkennen sie, daß die Opfer nicht vergeblich gebracht werden und daß die Organisationsarbeit nicht erfolglos bleibt. Die großen Vorteile materieller und ideeller Art werden heutzutage auch dem blödesten Auge sichtbar. Zugleich wächst auch das Selbstbewußtsein der organisierten Arbeiter und ihr Stolz auf die Leistungen und die Erfolge der Organisationen. Der Mut der Ueberzeugung ist erfreulicherweise im Wachsen begriffen und heute gibt es schon genug Arbeiter, die nicht nur ihrem Arbeitgeber gegenüber, sondern auch ihren Familienmitgliedern freimütig erklären: 'Nicht einem Zwange folgend schließen wir uns unsern Organisationen an, sondern aus Ueberzeugung und aus Pflichtgefühl!' In dieser Beziehung muß es noch viel, viel besser werden, dann wird auch endlich das Gerübe von dem Koalitionszwang verstummen. Die Scharfmacher und Scharfmachergesellen werden allerdings nach wie vor damit krebzen gehen, aber in den Kreisen der Unbeteiligten werden sie keinen Glauben mehr finden. Es ist höchste Zeit, daß die öffentliche Meinung in bezug auf proletarischen Terrorismus gründlich umgedeutelt wird. Und hierzu können wir alle an unserem Teile mitwirken, wenn wir bei jeder Gelegenheit, wo es nötig ist, unsere Organisationszugehörigkeit mit Stolz bekennen.

### Aus dem Reichstage.

Am 29. April begannen die Verhandlungen des Haushaltsausschusses für die Schutzgebiete. Beim Titel Kolonialamt setzte die allgemeine Kolonialdebatte ein. Der sozialdemokratische Vertreter für Bremen, Gentz, lehnte die Kolonialpolitik ab. Darüber sind der Staatssekretär für das Kolonialamt und die Redner der bürgerlichen Parteien hoch erstaunt. Sie wachten wohl denken, weil Bremen eine Stadt mit etwelchen Pfefferäden und großen Transportgesellschaften ist, welche die Kolonialpolitik als Stipendien ansehen können — sind doch die Zuschüsse für den Lloyd ganz respectable —, so mußte der sozialdemokratische

Vertreter Bremens gestiefelt und gepoltert in die moderne kapitalistische Kolonialpolitik hineinsteigen, sie mit Fäulen und Trompeten verteidigen. Dazu sind wir nun viel zu klaffen- und zielbewußt. Denbar ist auch für die Sozialdemokratie eine Kolonialpolitik, der sie ihre Zustimmung geben könnte, wenn die wirtschaftliche Verwertigung des Erwerbes von Kolonialgebieten vorausgesetzt, bei der Verwaltung der Kolonien von jeder Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen Abstand genommen und nur auf deren kulturelle Hebung hingearbeitet würde, wenn die deutschen und andern europäischen Kolonialfaktoren den Eingeborenen nicht als grausame Feinde und 'ungesüßliche Herren' entgegengetreten, sondern als Freunde, Schlichter und Berater zur Seite stehen würden... Für eine solche Kolonialpolitik würden alle Sozialdemokraten sein. Die jegliche bewegt sich aber fernab von diesen Zielen. Die Interessen des deutschen Handels, des Gewerbestandes? Diesen sind nun in unsern Kolonien große Abgabengebiete wirklich nicht erwachsen. Die bedürftigsten Schwarzen, die arm und schlecht begabt sind, werden auch der deutschen Volkswirtschaft einen besonderen Anstoß zu geben nicht in der Lage sein. In allen Schutzgebieten betrug die Einfuhr 1910 129 657 074 Mk., die Ausfuhr 100 841 289 Mk. Verbrauchsfähige Abnehmer in Deutschland selbst zu schaffen, ist für Handel, Industrie und Gewerbe die gewinnbringendste Kolonialpolitik. Warum in die Ferne schweifen, sieht das Gute liegt so nah. Aber die Umladungskraft der Arbeiter ist durch eine enorme Preissteigerung, deren Ursache in unserer Zoll- und Steuerpolitik liegt, ganz gewaltig herabgedrückt worden. Wenn der Einwand gemacht wird, daß wir die Kolonien brauchen, um in ihnen Rohstoffe mancherlei Art zu ziehen, Baumwolle u/w., so will das, was bislang dort produziert, für unsere wirtschaftlichen Bedarfe recht wenig sagen. Von 1000 Ballen Baumwolle, welche die deutsche Industrie braucht, ernten wir einen Ballen in den Kolonien. Uebrigens hat die Sozialdemokratie allen zur Förderung des Baumwollbaues geeigneten Maßnahmen zugestimmt. Der Diamantengewinn wird für die Reichskasse verpulvert, geschliffen werden die Diamanten meist im Auslande. Als Tatsache ist zunächst aber zu merken, daß die Kolonialpolitik unsere Reichsfinanzen mit verwüsten half und noch mit verwüsten hilft. Denn mit Ausnahme von Samoa und Togo erhalten noch alle Schutzgebiete Zuschüsse. Der Haushaltsetat der Schutzgebiete, wie er die Beratungen der Budgetkommission verläßt, beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 126 856 650 Mk., und zwar im ordentlichen Etat auf 92 531 750 Mk., im außerordentlichen Etat auf 34 324 900 Mk. Der im Wege des Kredits flüssig zu machende Betrag beläuft sich auf 34 037 029 Mk.

Die volkswirtschaftliche Bilanz der Kolonialpolitik ist also, daß die Ausgaben im Etat dem Einfluswert an Waren gleichstehen. Wobei noch zu beachten, daß sie nicht alle aus Deutschland kommen; Erzeugung von Rohstoffen ist gleich Null und als Freunde der Eingeborenen erscheinen unsere Kolonialpolitiker schon lange nicht. Noch sind sie mit einer Rechtsprechung beklüftet, die ihnen nicht behagt; die Wohlthätigkeit ist ihnen verhasst. Die Abschaffung der Hausfläcker in Ostafrika wird in der Theorie angefochten. Für die Prag ist bittet der Staatssekretär um ein langames Tempo! Die Pfaffenfrage lautet nunmehr in aller ihrer häßlichen Erscheinung auf. Die Indier, die als Handwerker und Händler Jahrtausende lang in einzelnen Territorien sitzen, sind den christlichen Politikern im Wege. Weil das Geschäft, das jene machen, den Deutschen entgeht. Das Vertrauen der Eingeborenen ist aber bei den Indern. Aus Raube, nicht aus Nächstenliebe, ist in Südwestafrika den Eingeborenen das Halten von Großvieh nur auf Erlaubnis des Gouverneurs möglich. Trotz Diamanten geht die Kolonie selbst nach Herrn Erzberger zugrunde, wenn nicht Geld und Wasser geschaffen wird. Die Schaffung von Wasser durch Erbohrung, Anlage von Staudämmen oder unterirdischen Sammelbetten wird gefordert. Die Sozialdemokratie beantragt in einer Resolution Befreiung der Herdrenten, welche den Eingeborenen das Halten von Großvieh erschweren. Die Resolution wird angenommen. Am Schluß der Beratungen wird beschlossen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag

1. ein allgemeines Kompetenzgesetz für sämtliche Schutzgebiete unter Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Gebiete,
2. einen Gegenwurf für das südwestafrikanische Schutzgebiet vorzulegen, durch den eine allgemeine, gleiche, geheimen, direkten Wahlen beruhende Vertretung der weißen Bevölkerung und deren Mitwirkung an der Gesetzgebung des Schutzgebietes eingeführt wird. Dabei würde die endgültige Feststellung des Etats des Schutzgebietes so lange dem Deutschen Reichstag vorbehalten bleiben müssen, als daselbst noch Zuschüsse des Reichs erfordert. Ebenso würde die Gesetzgebung über die Eingeborenen der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des Reichs vorzubehalten sein.

Weiter bezieht der Reichstag: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Haushaltsjahr für das Jahr 1913 beaufs Verminderung der Ausgaben für Südwestafrika unter gleichzeitiger Heranziehung des südwestafrikanischen Landesfiskus Anordnung zu treffen

- a) über Verwendung der Schutztruppe zu öffentlichen wirtschaftlichen Arbeiten (Wassererschließung, Wegebauten usw.),
- b) über eine anderweitige Organisation der Landespolizei,
- c) auf Herabsetzung der Stärke der Schutztruppe und der Landespolizei.

Eine andere Resolution lautet: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken,

- a) daß es den Anwohnern durch angemessenen Kredit ermöglicht wird, die Wohnungen nach Wasser auf ihren Farmen durch private Unternehmer ausführen zu lassen, damit sich die staatlichen Hofkolonnen in der Ganphache der Wassererschließung auf dem Kronlande widmen können,
- b) daß der Fiskus möglichst nur solche Farmen verkauft, auf denen genügend Wasser vorhanden ist.

Auf Veranlassung der Sozialdemokraten wird der Herr Reichskanzler ersucht, alsbald eine Reform der Diamantenregie unter angemessener Beteiligung der Diamantenerwerber und unter verschärfter staatlicher Aufsicht in die Wege zu leiten, so daß berechtigten Wünschen der Förderer und der deutschen Industrie hinsichtlich Rechnung getragen und bei dem Verlaufe der deutschen Diamanten ein Wettbewerb gefördert wird.

Nach einer andern Resolution sollen die berrückten Regierungen bis zur dritten Sitzung des Etats sich damit einverstanden erklären, daß vom Jahre 1912 ab bis auf weiteres die 'Erlöse aus Landverkäufen' einschließlich der Restlaufgeber und rüchindigen Anstaltungsbeiträgen als Teilkapital für eine öffentlich-rechtliche Landeskreditanstalt in Südwestafrika verwendet und eine solche alsbald ins Leben gerufen wird.

Ferner sollen

- a) die erforderlichen Maßnahmen gegenüber der Kalao-Land- und Minengesellschaft beaufs. Durchführung der Bestimmungen der Bergverordnung vom 8. August 1905, besonders der Schürfreibeit in dem genannten Landbesitz dieser Gesellschaft getroffen werden. Endlich wird gefordert,
- b) Anordnungen zu treffen, durch welche in den Schutzgebieten 1. für die in den Bergwerken beschäftigten Personen aa) ausreichender Schutz für Leben, Gesundheit und gute Sitten, bb) geordnete Krankenpflege, gesicherte Unfallvorsorge herbeigeführt wird;

2. diese Personen gegen Schädigungen durch unangemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch unangemessene Strafen, und bei Aufhebung des Arbeitsvertrags durch willkürliche Schadenersatzansprüche sowie durch Verweigerung der Kosten der Heimfahrt geschützt werden.

Alle Resolutionen gelangten zur Annahme. Die Unterkommission forderte einen Gesetzesentwurf, der die Tätigkeit der Ehe zwischen Weissen und Eingeborenen sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche das bürgerliche Gesetzbuch keine Anwendung findet. Die Regierung will aber von Minderjährigen nichts wissen. Es rüde sich, so meinte der Staatssekretär, wenn eine kulturell höherstehende Klasse zu einer niedrigeren herabsteige. Zur Kultur und Stillung gleichgeschlechtlicher Mitglieder sollen die schwarzen Frauen den Weissen wohl dienen, gleichwertige, gleichberechtigte Geschöpfe will man in ihnen aber nicht erblicken. Ein netter Ausfluß christlicher Moral, die dann auch von Redebour nach Gebühr bewertet wurde. Dieser haben deutscher Kultur- und Befreiungstätigkeit wird im Laufe der nächsten Woche weiter gepponnen. Den Schluss bildete die Beratung der von der Geschäftsordnungskommission gestellten Anträge. Nach diesen soll das Recht des Reichstags eine Erweiterung erfahren. In die Regierung sollen von einzelnen Mitgliedern des Reichstags kurze Anfragen gestellt werden können, und an Interpellationen sollen sich Beschlüsse des Reichstags anknüpfen. Mit Ausnahme der Konservativen, die in diesen Beschlüssen eine Einschränkung der kaiserlichen Gewalt erblickten, waren alle Parteien mit diesen Anträgen einverstanden.

### An die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen.

Am 12. Mai d. J. werden in ganz Deutschland die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse einmütig die Forderung erheben, die Ausnahmestellung der Frauen im öffentlichen Leben zu beseitigen, ihnen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zu geben.

Die Forderung ist für die Arbeiterklasse nicht neu. Ihre politische Vertretung, die sozialdemokratische Partei, hat die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Wahlrechts an beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen und stets diesem Grundsatze entsprechend gehandelt. Wiederholt sind im Reichstage, in den Parlamenten der Bundesstaaten und in den Gemeindeverwaltungen Anträge auf Abänderung der geltenden Bestimmungen gestellt worden, welche die Frauen von der Verwaltung ausschließen. Das es bis jetzt nicht gelungen ist, diesen Anträgen Geltung zu verschaffen, liegt an dem Verhalten der Vertreter der bürgerlichen Parteien der Frage des Frauenwahlrechts gegenüber. Mit wenigen Ausnahmen haben diese bisher stets geschlossen die Anträge der Sozialdemokraten niedergeräumt.

Wenn die Vertreter der Arbeiterklasse grundsätzlich für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eingetreten sind, dann deswegen, weil sie in der Frau den gleichwertigen Menschen achten, auch eingesehen haben, daß alle Entscheidungen, alle Befehle und Verordnungen in gleicher Weise die Frau wie den Mann treffen, beide auch nach denselben Bestimmungen zur Ausführung der Mittel für Staat und Kommune herangezogen werden, und es deshalb ungerecht ist, nur einem Teil der Bevölkerung die Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu gestatten.

Die Arbeiterklasse hat immer eingesehen, daß sie die Mithilfe der Frauen bei ihrem Streben um wirtschaftliche und politische Befreiung braucht, daß die Inerretlosigkeit des weiblichen Geschlechts öffentlichen Angelegenheiten gegenüber eine Gefahr für die Familie wie für die Gesamtbevölkerung bedeuten würde. Das Interesse wird aber wesentlich gefördert durch den Gedanken, mitverantwortlich zu sein an der Gestaltung des öffentlichen Lebens dadurch, daß alle erwachsenen Personen das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften haben.

Daß dies Verantwortungsgefühl imstande ist, die Arbeiterklasse auch geistig zu heben, zeigt ihre Entwicklung von dem Zeitpunkt an, wo für alle erwachsenen männlichen Personen das Wahlrecht zum Reichsparlament eingeführt wurde.

Die Arbeiterklasse befindet sich als größter Feind den Unverstand und weiß, daß es nur diesem, dem Unvermögen eines großen Teils der Bevölkerung, den Zusammenhang der Dinge zu verstehen, zuzuschreiben ist, daß in die gesetzgebenden Körperschaften immer wieder Personen hineingewählt werden, die in ihren Beschlüssen keine Rücksicht auf das Wohl der großen Masse der Bevölkerung nehmen, ja denen das Fühlen und Denken der Arbeiterklasse und ihre Kräfte ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen würde veranlassen, auch bei ihnen größeres Verständnis für allgemeine Fragen wahrzunehmen, und zur Folge haben, daß die Männer in ihren weiblichen Familienangehörigen Personen finden, die teilnehmen an dem Befreiungskampf der Menschheit, und die Frauen selbst in Fällen, wo ihnen eine aktive Anteilnahme durch Familienpflichten nicht möglich ist, volles Verständnis der Forderungen der Männer entgegenbringen und ihre Arbeit erleichtern.

Nicht wenig mag in dem Verhalten der Arbeiterklasse zur Frage des Frauenwahlrechts auch die unmittelbare Wirkung beitragen, die alle Vorkommnisse des öffentlichen Lebens auf die Familienverhältnisse der bürgerlichen Bevölkerung ausüben. Gerade die letzten Jahre haben hierfür Beispiele in Fülle gebracht. Die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Zoll- und Steuererhöhungen hat die Gesamtbevölkerung betroffen, in erster Linie fühlbar aber die Arbeiterklasse und innerhalb derselben die Frauen in höchster Maße. Es ist in der Regel ihre Aufgabe, das Einkommen der Familie so zu verteilen, daß eine ausreichende Ernährung der Familienmitglieder gesichert bleibt. In der gegenwärtigen Zeit ist dies geradezu ein Kampf ums Überleben und eine ständige Quelle neuer Sorgen.

Die Zoll- und Steuererhöhungen aber schafften nicht nur verminderte Lebenshaltung, sondern auch verminderte Arbeitsgelegenheit. Auch hier ist die weibliche Bevölkerung leidender Teil, sogar in Taxen der von Frauen unmittelbar, weil der größte Teil der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse erwerbstätig ist. Weiter wird durch die notwendigen größeren Aufwendungen für Lebensbedürfnisse auch die Notwendigkeit, für höhere Löhne einzutreten zu wachen, in immer größerer Höhe gerückt und weiter veranlaßt, daß immer mehr bedürftige Frauen neben der Hausarbeit nach Erwerbsarbeit verzweifeln müssen.

Die Zahl der Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handels- und Verkehrsgewerbe stieg von 1895 bis 1907 um 27 Prozent; die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen vermehrte sich dagegen um 66 Prozent. Dies Resultat ist zum größten Teil eine Folge der Verhältnisse, die der bürgerlichen Bevölkerung die Lebensbedingungen erschweren.

Gewandeltere zeigen daher heute unter der doppelten Last der Familienpflichten und der Tätigkeit, die ihnen die Hausarbeiten und die Familienpflichten auferlegen. Die arbeitenden Frauen aber können am eigenen Leibe erfahren, wie unzureichend die gesetzlichen Bestimmungen sind, die speziell für die Arbeiterklasse geschaffen wurden.

Der schwebende Kampfabstand ist entgegen dem unzureichend und wird außerdem nur zu wenig ausgeglichen, wo die Arbeiterklasse selbst dafür sorgt. Auch die amtliche Durchführung der Arbeitsverträge geschieht in der Regel ungenügend. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Vorschriften über die Arbeitszeit, sondern für alle Gebiete, die durch die Arbeitsverträge geregelt werden. Alljährlich verunglücken Tausende bei der Arbeit. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle 421.097. 5292 Personen wurden im Laufe des Jahres ihr Leben lassen. 453 trugen dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit davon, bei 23.600 Personen brachten die Verletzungen dauernde teilweise verminderte Erwerbsfähigkeit, und alle übrigen hatten vorübergehende Schäden.

Wenn aber die Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Betriebe von dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht des Zusammenfassens Gebrauch machen wollen, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen oder die Durchführung der Arbeitsverträge zu erzwingen, dann greifen Polizeibehörden und Gerichte ein, um dies zu verhindern. Der Staat will heute nicht mehr an die Forderungen von Arbeit, und vor wird niemals vergeben, wie die Bergarbeiter in diesem Jahre der Macht des verheerenden Unwettersturms und der ihm verbundenen finanziellen Verluste weichen mußten, obwohl die Forderung zur Lebensbewegung wohl für jeden feststand.

Solche Fälle, die sich — wenn auch nicht immer für die große Masse in der Augen vorfinden — aber doch alljährlich in unzähligen Fällen wiederholen, müssen auch den Frauen zeigen, wie dringender notwendig größere Wandel der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung ist und wie wichtig es wäre, da wir wissen, daß es befähigen, wo notwendig erlassen werden, die auch für die Frauen von Bedeutung sind und auch auf sie angewandt werden.

Ebenso wichtig wie die Mitarbeit der Frauen bei der Reichsgesetzgebung ist die in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. Hier besonders wegen der Schul- und Erziehungsfragen, für die das weibliche Geschlecht ohne Zweifel tiefes Verständnis besitzt. Durch die steigende Anteilnahme verheirateter Frauen der Arbeiterklasse an der Erwerbsarbeit werden immer mehr Mütter gezwungen, ihre Kinder tagsüber fremden Leuten und Institutionen zu überlassen. Gerade dieser Umstand macht die Mitarbeit der Frauen namentlich in der Gemeindeverwaltung zur dringenden Notwendigkeit. Schon um Einfluß zu erlangen auf das öffentliche Unterrichts- und Erziehungswesen, müßten die Frauen das Wahlrecht fordern. Hinzu kommt, daß auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege anerkanntermaßen Frauen die geeignetsten Mitarbeiter sind. Nur in ganz wenigen Fällen läßt man aber Frauen als Beraterinnen zu und gibt ihnen Stimmrecht. Die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts bewirkt, daß die Frauen auch hier keine genügende Stätte für ihr Wirken finden.

Diese geringere Beteiligung in staatsbürgerlicher Beziehung hat weiter zur Folge, daß die Arbeiterinnen und weiblichen Angehörigen von der Mitarbeit in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ausgeschlossen sind, worauf schon des öfteren an dieser Stelle hingewiesen wurde. Auch dieser Umstand müßte maßgebend für die Frauen sein, das Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften zu fordern. Unterstützt werden die Frauen bei dieser Forderung von den männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse aus Gerechtigkeitsgefühl und in Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Große Lasten sind in der letzten Zeit der Arbeiterklasse auferlegt worden, und schon wieder wird verlangt, daß die Bevölkerung tief in den Sack greift, um Hunderte von Millionen für mehr Soldaten herbeizuschaffen. Gegen diese Belastung der Bevölkerung, die in erster Linie von der Arbeiterklasse empfunnen wird, erscheint das, was ihr an wirklichen und papiernen Vorteilen geboten wurde, lächerlich gering.

Die Reichsversicherung hat Entziehung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Arbeiterversicherung und namentlich für die Krankenversicherung gebracht, den so notwendigen Schwangers- und Wochenlohnzuschuss aber nicht geschaffen. Die bis- hierfür in Frage kommenden Bestimmungen sind kaum erweitert worden. Und wie steht es mit der vielgepriesenen Hinterbliebenen-Versicherung, deren Bestimmungen bereits in Kraft getreten sind? Der Rentenfuß von 19 Pf. pro Tag für eine invalide Witwe ist nicht imstande, den Beweis zu erbringen, daß die Interessen der weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse von den bis jetzt dazu berufenen Vertretern genügend gewahrt sind. Auch das lang versprochene Hausarbeitsgesetz vermag nicht, diese Ansicht zu ändern. Als zwingende Vorschriften sind nur solche in das Gesetz aufgenommen worden, die den Heimarbeitern Opfer auferlegen. Alle übrigen Vorschriften, z. B. Einziehung von Sachauschüssen zur Festlegung der Preise, sind von den besonderen Vorschriften des Bundesrats und der die Aufsicht ausübenden Behörden abhängig. Also auch die Resultate der speziell für die Arbeiterklasse geschaffenen Gesetze lassen die Forderung nach Gewährung des Wahlrechts an die Frauen dringender erscheinen und geben ihr zum großen Teil die Begründung.

Die Ausschaltung des weiblichen Geschlechts von der praktischen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird aber so lange geübt werden, wie die Mehrzahl der Frauen dies ruhig duldet. Der 18. März im vorigen Jahre hat gezeigt, daß bereits die Zahl Millionen beträgt, die eine Änderung des geltenden Rechts fordert. Männer und Frauen der Arbeiterklasse haben im vergangenen Jahre Protest erhoben und einmütig gefordert, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter einzuführen. Sorgen wir dafür, daß auch die Versammlungen am 12. Mai sich zu Massenkundgebungen gestalten, denen gegenüber die Regierung sich nicht länger ablehnend verhalten kann.

### Zum Verbandstage.

Eine Anzahl von Kollegen hat bereits in unserm Verbandsorgan Stellung zu dem bevorstehenden Verbandstag genommen. Von einer Besprechung der vorgelegenen Tagesordnung will ich Abstand nehmen, sehe mich aber veranlaßt, den Hauptvorstand zu ersuchen, als weitem Beratungspunkt ein Referat über "Tarifverträge" auf die Tagesordnung zu setzen, damit über diesen wichtigen Punkt auch einmal eine eingehende Aussprache gepflogen werden kann. Durch die zunehmende Macht des Verbandes waren in den letzten Jahren auf diesem Gebiete ansehnliche Erfolge zu verzeichnen, so daß sich auch eine Aussprache lohnen würde. Der Stand der Tarifverträge war in den letzten Jahren folgender:

	Tarife	Beschäftigte
1. Januar 1910	124	13795
1. Januar 1911	175	20906
1. Januar 1912	293	31397

Vorstehende Zahlen sind Beweis genug, um eine Besprechung dieser wichtigen Materie zu begründen, abgesehen davon, daß wir eine Anzahl von Kollegen haben, die bereits an dem Abschluß einer Reihe von Tarifverträgen mitgewirkt haben und hierdurch einen reichen Schatz von Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt haben. Den Funktionären ist erstmalig im Jahre 1908 eine Broschüre seitens des Hauptvorstandes zugegangen, in welcher die im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifverträge niedergelegt waren. Seit dieser Zeit ist die Zubehörung von diesbezüglichen Material unermesslich. Ich gebe nun zu, daß man in den Zeiten eines wirtschaftlichen Niedergangs auf die Durchführung der abgeschlossenen Tarifverträge schließlich verzichten kann, zumal im Jahre 1908, wo nur 44 Tarifverträge neu abgeschlossen worden sind. Andererseits kann der Hauptvorstand mit der Ausrede kommen, daß die Tarife in der Zahl zu groß und ihrem Inhalt nach zu umfangreich seien, so daß eine Durchlegung als unmöglich zu betrachten ist. Dem muß ich entgegenhalten, daß sich von den zurzeit bestehenden 293 Tarifverträgen 232 auf vier und hauptsächlich zugehörige Industriezweige und 61 Verträge auf sonstige Betriebe beziehen; es ist deshalb notwendig, daß die Durchführung der Tarifverträge nach Branchen geordnet erfolgt, was auch im Interesse der geplanten Branchengliederung gelegen ist. Bei den Tarifabschlüssen in unserm Industriezweig wirkt in den meisten Fällen die Arbeitgeberorganisation mit und da diese durch einen juristisch gebildeten Syndikus vertreten wird, so kommt man oftmals gar nicht aus den juristischen Zweideutigkeiten, wie sie in den Tarifverträgen niedergelegt werden sollen oder werden, heraus. Beispiele dieser Art werden genügend vorgebracht sein und ebenso läßt sich die Vertragsstreit der Unternehmer vieles zu wünschen übrig. Auf weitere Beispiele einzugehen möchte ich an dieser Stelle nicht einsehen, möchte aber hoffen, daß der Hauptvorstand dieser wichtigen Materie jenseit Beachtung schenkt, als dieses bisher durch die Redaktion geschehen ist.

Jos. Fortschaber, Mannheim.

In der Diskussion zum Verbandstag wird wieder einmal die Frage der Grenzstreitigkeiten behandelt. Man mag an dieser Stelle herumbotieren soviel man will, es wird immer nur eine Verschlebung der äußeren Grenzen der Bundessachen sein. Aber wir werden niemals das Grundübel beseitigen. Macht man das "Geleit" oder "Nichtgeleit" zur Frage, so wird die Maschine alles wieder verwickeln. Macht man das "Geleit" oder den Grundhubschuss des Betriebes zur Grenze, die Fixation macht auch diese Grenze illusorisch. Der Wechsel der Bücher, das heißt die Umgründungen, konsequent durchgeführt, wird zum Unfinn und schafft berregende Unklarheiten. Selbst die enge Grenze individueller Freiheit wird den Kollegen genommen. Ich meine, wer aus Überzeugung frei organisiert ist, dem ist es auch ganz gleich, ob er als Arbeiter oder als Fabrikarbeiter organisiert ist. Die Hauptsache ist, daß er frei organisiert ist.

Aber hier sitzen wir eben wieder in der Tinte. Wären die zwei Millionen Legationisten alle so überzeugt, wie wir es wünschen und wie es auch nötig wäre, kann können wir eben schon sechs 5 Millionen Organisierte sein. Ich meine also, man sollte doch erst einmal den Bruder als Bruder achten lernen, dann verfährt man bei Feden, aus dem Krankeitszustand herauszuwachen, mit einemmal, und die wirklich gesunde Grundlage zur gemeinschaftlichen Entwicklung ist geschaffen.

Wer kann dafür, daß der eine Müller, der andre Schläger heißt? Eben! Was kann der eine oder andre dafür, daß er durch die Macht des Geldes zum Bildhauer oder Schmiedmeister gemacht ist. Es hat schon mancher ein Land regiert, mancher ist schon Reichskanzler geworden, obwohl keine Qualifikation viel besser auf irgendeiner Gedächtnis an-

gewendet worden wäre, während in manchem schlichten Handarbeiter ein großer Mann verloren gegangen ist.

Es gibt sehr viele Verbandsfunktionäre — große und kleine — die ihre Hauptaufgabe, das heißt ihre erste und letzte Aufgabe darin erblicken, Mitglieder nur nach der Zahl zu gewinnen, sie aber auch gemeinschaftlich zu erziehen, dazu fehlt es ihnen. Außerdem gibt es auch Kollegen, die die Fähigkeit dazu besitzen, aber mit Arbeiten überhäuft sind. Bei solcher Jagd nach Mitgliedern kommt es wohl des öfteren vor, daß der Züger 10 Jährlingere und noch ein paar Schwarze und Weiße überführt, sobald er einen Freiorganisierten gefastet hat, der noch nicht zu seinem Verband gehört. Ein Feiger und Maschinist beobachtet einen, der da unter einer Laugelasse oder auf der Straße unter einem Asphaltkessel ein paar Scheite Holz unterlegt; jadrat, das muß ein Feiger sein! Ein anderer quält sich mit einer Handlarre auf der Straße herum: ja, Herrgott, das ist ein Transportarbeiter! Dort kopft einer auf dem Straßensplaster herum. Da kommt der Gauß der Gemeinde und Staatsarbeiter und reklamiert den Mann für sich. So geht die Geschichte fort. Würde man nun sagen, das ist doch übertrieben, so bemerke ich, leider nicht. Es ist nun heute einmal so: Je kleiner der Geist, desto häßlicher die Manier.

Schauen wir in das Betriebe. Den Väder hat das Schicksal vom Badtrog weg an die Bohrmaschine hingeplagt. Der Väder hat sein Messer in die Scheide gesteckt und steht nebenan an der Stoßmaschine. Der „ungerleutet“ steht an der Fräsmaschine und der „geleitete“ Schloffer fuhrwerk mit der Handlarre dranhin herum. Aber sie sind doch alle gleiche Arbeitsinstrumente. Das Schicksal reiht sie heute auseinander und stellt sie in entgegengesetzter Weise wieder auf. Hier kommt mit Naturnotwendigkeit der Gebanke an Industrieverbände mit Brancheneinstellungen zum Vorschein. Die umfangreiche Buntschiedigkeit der Grenzarten muß verschwinden und nur einzelne große Grenzen an ihre Stelle treten. Wie sieht es heute? In dreißig Zeitungen kann man dreißigmal dieselbe Materie, denselben Artikel lesen. Welch riesige Verschwendung von Zeit, Kraft und Geld. Wieviel mehr hätte da getan werden, wenn die kleinen zusammengefaßt würden. Aber da kommen nun die Geistes und sagen: nein, das geht nicht, da machen wir nicht mit. Unser Handwerk besteht kein anderer. Wir müssen uns ausschließlich selbst beschäftigen usw. Und dieser Geist scheint vielfach auf den Gewerkschaftskongressen vorzuherrschen. Man kann und darf nicht vorgreifen, die Entwicklung muß das von selbst bringen und bringt es auch. Da wir bis jetzt immer der Weisheit letzter Schluss. Aber damit ist der Arbeiter nicht mehr geholfen. Den riesenhaften Schäden, der auf dem jetzigen Leidenswege erwächst, scheint man dabei ganz zu übersehen.

Ich meine also, hier heißt es mit etwas mehr Initiative vorzugehen. Die Arbeiterschaft in ihrer Masse hat durch zu vieles Bödern den Schaden davon, und die sollte nun mit eigener Energie darauf dringen, daß auf den Verbandstagen diese Frage mit Nachdruck behandelt wird, daß auf den Gewerkschaftskongressen mit dem grausamen Spiel der Verbändelei — Verpländelei — einmal aufgeräumt wird. Ein kleiner Fehltritt in dieser Frage kann nicht soviel Schaden verursachen, als das jetzige System.

Die Erfahrung ist heute allgemein, daß an manchen Orten schon Hunderte von Kollegen hätten aufgenommen und organisiert werden können, wenn das Agitationsgebiet nicht in so unnatürliche Grenzen eingepreßt gewesen wäre. Einmal mag es richtig gewesen sein, aber heute ist es zur lästigen Unnatur geworden.

Otto Händel.

Maßschrift der Redaktion. Die Redaktion hält sich nicht für berechtigt, sachliche Äußerungen und Anregungen zum Verbandstag zu unterdrücken, sie hat jedoch aus dem vorstehenden Auffass mancher streichen müssen, weil Kollege Händel in seinem Eifer, Grenzen zu befestigen, nicht nur die Grenzen des sachlich Berechtigten und kollegial Zulässigen überschritten, sondern auch noch manche andre Grenze unbeachtet gelassen hat. Es mag sehr bequem sein, hinter Handlungen und Anschauungen, die man nicht billigt oder nicht versteht, Dummheit oder gar persönlichen Eigennutz zu suchen, aber es ist deshalb noch lange nicht richtig. (Das sollte auch Kollege Hagen, Hamburg, beherzigen.) Unsere Aussprache über den Verbandstag und besonders über die Abgrenzung des Verbandsgebietes wird viel fruchtbringender sein, wenn alle, die dazu das Wort nehmen, bei der Kritik sich selbst nicht vergessen und bei den Vorschlägen, die gegebenen Verhältnisse nicht außer acht lassen.

In den Besprechungen zum Verbandstag nimmt das Kapitel „Grenzstreitigkeiten“ leider einen breiten Raum ein. Leider, sage ich, weil diese Raubgierereien mit andern Gewerkschaften sicher nicht zum Gelingen einer guten Sache beitragen werden. Es wirkt nicht gerade erhehend, wenn man ein Gewerkschaftsblatt zur Hand nimmt und findet unter andern auch Auseinandersetzungen darüber, daß dieser oder jener auf verbottenen Jagdgründen angetroffen ist. Gewöhnlich werden dann dem bösen Fabrikarbeiterverband solche Untugenden an die Nase gehängt. Viele solcher Grenzstreitigkeiten kommen wohl bei den Transport- und Textilarbeitern kontra Fabrikarbeitern vor; es sind diese Gewerkschaften, die zum größten Teil aus ungelerten Arbeitern zusammengesetzt sind und meiner Ansicht nach auch zusammengehören. Wenn immer, trotz aller schönen Abkommen zwischen den Organisationen, dieselben Streitigkeiten wiederkehren, so sollte man doch einmal ganze Arbeit machen und versuchen, durch Verschmelzung der beiden genannten Gewerkschaften mit dem Fabrikarbeiterverband diese unerträglichen Zustände aus der Welt zu schaffen. Schwerwiegende Gründe werden wohl bei dem Worts der Mitglieder nicht geltend gemacht werden. Was aber teilweise die befehlenden Beamten dazu treibt, sich mit Händen und Füßen gegen eine Verschmelzung zu wehren, ist mir rätselhaft. Brotlos würde wohl keiner werden, es kann höchstens zutreffen, daß dieser oder jener sich unterordnen muß. Doch dieser Grund sollte meines Erachtens nicht dazu führen, den Mitgliedern Vorteile vorzutragen, welche ihnen durch eine Verschmelzung zuteil werden. Gewundert hat mich die Auffassung des Kollegen Hegemann, der die Verschmelzungsfrage mit einer Handbewegung als erledigt betrachtet.

Dem Verbandstag werden Anträge dieser Art sicher unterbreitet werden, deshalb ist es wünschenswert, daß nach dieser Richtung hin ein Schritt vorwärts getan wird.

Heint. Hagen, Hamburg.

### Die Lage der Fabrikarbeiter in Leipzig.

Die nachstehenden Angaben über die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder sind das Resultat einer am Ende des Vorjahres aufgenommenen Statistik. Diese sollte einmal zur Erkenntnis der gegenwärtigen Verhältnisse unserer Mitglieder beitragen, wie auch gleichzeitig einen schätzbaren Maßstab abgeben über die Aufstellung der notwendigen und durchführbaren Forderungen. Der zwar begeisterte, leider aber recht hohe Zustrom ungelerner Arbeiter erwirkt außerordentlich die Erfolge unserer Kämpfe zur Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder, wie der Arbeiter überhaupt. Die Ursache zu diesem Zustrom nach großen Städten ist wohl darin zu suchen, daß die zuströmenden — meist indifferenteren — Arbeiter glauben, hier kamplos eine bessere Existenz zu finden. Die scheinbar höheren Löhne führen diesen Trugschluss. Es muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß in der Großstadt an den Geldbeutel des Arbeiters ganz andre Anforderungen gestellt werden, denn Meien, Steuern usw. sind außerordentlich hoch. Auch sind, wie wir weiter unten sehen werden, die Löhne nicht nur recht unerschwinglich, sondern auch oft recht niedrig. Die Unterschiede in den Löhnen resultieren keineswegs allein aus der verschiedenartigen Verunsicherung. Oh nein! In der Papier- und in der chemischen Industrie finden wir zwischen den einzelnen Betrieben in die Augen fallende Unterschiede. Hierfür nur zwei Beispiele. Die Arbeiter einer hiesigen chemischen Fabrik arbeiten in Wochenlohn und verdienen 25 bis 30 Mk., während die einer andern, die in Stundenlohn arbeiten, auf einen Verdienst von 18 bis 24 Mk. pro Woche kommen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in dem erstgenannten Betriebe auch die Pflichtbeiträge der Arbeiter zu der Kranken- und Invalidenversicherung von der Firma getragen werden, die bei den letzteren von dem minimalen Lohn noch in Abzug gebracht werden. In der Papierindustrie ist der durchschnittliche Lohn in mehreren Betrieben 25 Mk. im Lohn, während in der Kunstlederfabrik von Koch u. Schilling die Arbeiter im Nord oft nur Wochenlöhne von 6 bis 10 Mk. verdienen.

Bei näherem Zusehen findet man, daß in Betrieben mit erträglichen Löhnen — guten Löhnen wir nicht sagen — die Mehrzahl der Beschäftigten unfern Verbände angehört, während in den Betrieben mit schlechten Löhnen nur Wenige organisiert sind.

Folgen wir nun einmal dem Ergebnis der Umfrage. Von 4180 Mitgliedern am Schluß des 4. Quartals fanden 3046 = 72,5 Prozent ihre Fragebogen ein. Hierunter konnten 75 Bogen aus verschiedenen Gründen nicht verarbeitet werden, so daß 2971 Fragebogen zur Verarbeitung verblieben. Von diesen Beantwortten waren 2550 Kollegen und 421 Kolleginnen. Vetterlicher waren 1781 Kollegen und 158 Kolleginnen. Eine Uebersicht über die Lohnklassen ergibt folgendes Bild:

Table with 4 columns: Lohnklasse, männliche, weibliche, insgesamt. Rows include hourly, weekly, and monthly wages for various professions like factory workers, clerks, and domestic workers.

Eine Betrachtung über die Löhne der männlichen Arbeiter zeigt uns, daß auch in den niedrigen Lohnklassen nicht etwa nur Ledige, also jüngere Arbeiter beschäftigt werden. Die Uebersicht nach Berufsgruppen und Lohnklassen ergibt:

Table with 4 columns: Lohnklasse, Zahl der Beteiligten, Davon verheiratet. Rows show weekly wage brackets from 15 to 25+ Marks.

Die 421 Kolleginnen verteilen sich auf folgende Lohnklassen:

Table with 4 columns: Lohnklasse, Zahl der Beteiligten, Davon verheiratet. Rows show weekly wage brackets from 10 to 18 Marks.

Während bei den Kollegen in den höheren Lohnklassen der Anteil der Verheirateten überwiegt, ist bei den Kolleginnen der überwiegende Teil der Verheirateten in den niedrigen Lohnklassen.

Die Arbeitszeit betrug für 70 Beteiligte bis zu 8 Stunden pro Tag, für 746 gleich 25,1 Prozent über 8 bis 9 Stunden, für 2002 gleich 67,4 Prozent über 9 bis 10 Stunden und für 153 gleich 5,2 Prozent über 10 bis 17 Stunden. 1605 Beteiligte (64 Prozent) haben früherer Arbeitslohn.

Ueber das Alter der Beteiligten unterrichten folgende Zahlen: Bis zu 20 Jahre waren 376, 21 bis 30 Jahre 1159, 31 bis 40 Jahre 813, 41 bis 50 Jahre 421, 51 bis 60 Jahre 184 und über 60 Jahre 18 Beteiligte alt. 987 Beteiligte erhielten nach ihren eigenen Angaben im Jahre 1911 eine Lohnzulage, und zwar 769 gleich 77,8 Prozent infolge einer Lohnbewegung; 218 gleich 22,2 Prozent erhielten eine Lohnzulage freiwillig. Zu diesen freiwilligen Zulagen ist zu bemerken, daß hierunter auch solche Zulagen mit verbucht sind, die als feststehende Steigerungen oder Alterszulagen bei früheren Lohnbewegungen von den Unternehmern ausgestellt wurden. Der überwiegende Teil aller Lohnzulagen ist also direkt auf die Tätigkeit unseres Verbandes zurückzuführen; in den andern Fällen war der Verband meist die indirekte Veranlassung zur Erhöhung der Löhne.

Von den an der Statistik Beteiligten waren 1487 gleich 50 Prozent Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, 1161 gleich 39 Prozent Mitglieder eines Konsumvereins; 1816 gleich 61 Prozent waren Leser der soz. Parteipresse; 215 gleich 7,4 Prozent Abonnenten bürgerlicher Blätter und 832 gleich 28 Prozent hielten keine Zeitung.

Die verheirateten männlichen Beteiligten hatten insgesamt 3291 Kinder zu ernähren; dies entspricht annähernd dem Reichsdurchschnitt. Die Verteilung der Kinder ist folgende:

Table with 6 columns: keine, 1, 2, 3, 4, 5 und mehr. Rows show number of children for different groups of participants.

Die Wohnungsverhältnisse werden durch folgende Angaben illustriert: 27 Familien bewohnten 1 Zimmer, 67 Familien je 2 Zimmer, 655 Familien je 3 Zimmer, 876 Familien je 4 Zimmer und 106 Familien 5 und mehr Zimmer. Wohnungsmiete zahlten pro Jahr bis zu 200 Mk. 625 gleich 36,1 Prozent der Familien, 201 bis 300 Mk. 788 gleich 45,5 Prozent, 301 bis 350 Mk. 203 gleich 11,9 Prozent, 351 bis 400 Mk. 74 gleich 4,2 Prozent und über 400 Mk. 41 oder 2,3 Prozent der beteiligten Familien. Die Mietpreise sind, wie hieraus ersichtlich, ungemein hoch. Niedrige Mieten sind nur in den Vororten anzutreffen. Die dort Wohnenden müssen aber erhebliche Beträge für Fahrgehalte nach und von der Arbeitsstelle ausgeben.

Ueber das Verhältnis zwischen Lohn und Miete gibt folgende Tabelle Auskunft:

Table with 4 columns: Lohn pro Woche, Beteiligte, Durchschnittslohn, Die Miete beträgt. Rows show wage brackets from I to III.

Der Durchschnittslohn eines männlichen Arbeiters beträgt 25,52 Mark, die im Durchschnitt jährlich zu leistende Miete 239 Mk. Ein Arbeiter der ersten Lohnklasse hat demnach 55 Tage, ein Arbeiter der zweiten Lohnklasse 48 Tage und ein Arbeiter der dritten Lohnklasse 46 1/2 Tage für die Miete zu arbeiten. Die Mieten verschlingen mithin für die hiesige Arbeiterschaft einen sehr hohen Anteil vom Lohn.

Betrachten wir nun kurz, was die Wissenschaft zur Ernährung des Menschen für notwendig erachtet und welche Ausgaben danach zum Unterhalt einer Familie notwendig sind. Eine brauchbare und gute Anleitung zu einer solchen Berechnung hat bereits vor 20 Jahren Genosse Wurm gegeben. Wurm stellt fest, wieviel Eiweiß, Fett und Kohlehydrate der Mensch täglich zu sich nehmen muß, um gesundheitsgemäß zu leben und in welchen Nahrungsmitteln jene Nährstoffe enthalten sind. Er stellt ein Schema zu einem Normalbudget auf, das wir nachstehend benutzen wollen, um auf Grund der Preisverhältnisse des Leipziger-Blagower Konsumvereins im Monat März d. J. die Preise der Nahrungs- und Genussmittel für einen erwachsenen Menschen festzustellen.

Table titled 'Normalbudget für Leipzig'. Columns: Item, Quantity, Price. Rows list various food items like bread, meat, milk, and vegetables with their respective costs.

\*) Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, ihre Ernährung und Wohnung, Einkommen, indirekte Besteuerung, Ertragskraft und Sterblichkeit. Emanuel Wurm. Dresden 1892. \*\*) Gegen die Notwendigkeit des Branntweins möchten wir hier...

Das Normalbudget gibt an, wieviel nach der Ernährungswissenschaft für einen erwachsenen Menschen jährlich an Gewichtsmengen Fleisch, Brot usw. gebraucht werden sollen. Freilich werden auch andre hier nicht bezeichnete Nahrungsmittel verbraucht. Der Aufwand für diese braucht aber nicht besonders in Rechnung gestellt zu werden, weil für sie eine entsprechende Menge anderer Nahrungsmittel wegfällt.

An der Hand dieses Normalbudgets sollen die im Haushalt notwendigen Nahrungs- und Genussmittel in ihrem Geldwert erfaßt und gemessen werden. Nach dem durchschnittlichen Familienbestand unserer Kollegen müssen wir, wenn zwei Kinder gleich einem Erwachsenen gerechnet werden, 1664,07 Mk. jährlich ausgeben, um die Nahrungs- und Genussmittel in der oben bezeichneten Menge kaufen zu können. Rechnen wir hierzu die Durchschnittsmiete von 239 Mk., die unsere Kollegen aufwenden müssen, so sind 1903,07 Mk. für eine Durchschnittsfamilie zum Leben notwendig. Ganz außer Ansatz sind noch Kleidung, Schulgeld, Steuern, Fahrgehalte usw. geblieben. Unsere Kollegen sind deshalb gezwungen, soweit es möglich, sich andre Einnahmequellen zu schaffen, und zwar durch die Erwerbstätigkeit der Frau, die in 408 Fällen, also bei nahezu einem Viertel der Verheirateten angegeben wurde, oder durch Nebenbeschäftigung des Mannes, die in 96 Fällen berichtet wird. Da aber diese Beschäftigung keineswegs die fehlenden Gelder einbringt, so ist Schmalhans überall Küchenmeister, und die Einschränkung bleibt nicht bloß auf die Annehmlichkeit des Lebens beschränkt, sondern muß auf die Lebenshaltung ausgeübt werden. Es wirt sich um die Frage auf: Muß das so sein? Wenn man die Unternehmer hört, wird es heißen: Ja! Wir müssen, um uns ein selbständiges Urteil zu bilden, der Frage nachgehen. Wir betrachten zu diesem Zweck zunächst die Gewinne der Unternehmer, bei welchen wir diese feststellen können; das sind die Aktiengesellschaften. Es waren im Jahre 1910 8 Gesellschaften, die für unser Organisationsgebiet in Frage kommen. Diese erreichten im gleichen Jahre folgende Reingewinne:

Table with 2 columns: Company Name, Reingewinn. Lists companies like Sächsische Kommerz, Deutsche Zellulosefabrik, Leipziger Gummiwarenfabrik, etc.

Summa 4.544.087 Mk.

In diesen 8 Betrieben arbeiten rund 2300 Arbeiter. Diese 2300 Arbeiter erarbeiteten also über 4,5 Millionen Mark Reingewinn. In den übrigen Betrieben, in welchen wir die Gewinne nicht nachprüfen können, sind dieselben keineswegs niedriger. Daraus ergibt sich die Steuerkraft. Danach waren im Jahre 1906 in Leipzig 3275 Familien mit einem Einkommen von über 12.000 Mk. vorhanden; diese Zahl stieg bis zum Jahre 1908 um 307, also auf 3582. Diese hatten ein Gesamteinkommen von 140.894.690 Mk. Nehmen wir nun an, diese Besitzenden verbrauchen je 12.000 Mk. jährlich, so ergibt dies einen Gesamtverbrauch von 42.984.000 Mk. Die übrigen 97.910.690 Mk. könnten gespart werden. So sieht die Bilanz der Besitzenden Leipzigs am Jahreschlusse aus! Was haben wir dagegen bei unsern Kollegen gesehen? Unterbilanz! Diese Unterbilanz zu beseitigen, war seit jeher das Bestreben unserer Parteistellen. Unsere oberste Aufgabe war immer, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, die gesundheits-schädlichen Betriebsverhältnisse zu beseitigen. Mit diesen und den Gesundheitsverhältnissen unserer Mitglieder und der Arbeiter in für uns zuständigen Betrieben werden wir uns in einem weiteren Artikel beschäftigen. An alle unsere Kollegen und Kolleginnen möchten wir aber die Mahnung richten, die Sorge für die Ausbreitung unserer Parteistellen nicht den wenigen Verwaltungsmittelliefern und sonstigen Funktionären unserer Parteistellen zu überlassen, sondern selbst mit Hand ans Werk zu legen und alles einzusetzen für die Gewinnung der zahlreich vorhandenen indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben. Erst wenn dies der Fall ist, wird es rascher vorwärts gehen, und die Gewinne der Unternehmer werden weit empfindlicher im Interesse unserer Kollegen beschnitten werden können.

Zement- und Ziegel-Industrie

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kalkwerksarbeiter in Kalkberge.

In Kalkberge bei Müdersdorf in der Mark besitzt die Stadt Berlin und der preussische Staat umfangreiche Kalksteinbrüche und Kalkbrennereien, die von beiden Korporationen gemeinschaftlich betrieben werden. Die preussischen Gewerbeinspektionsberichte bringen alljährlich einige Aufzeichnungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, wovon wir das wesentlichste hier wiedergeben, um einen Vergleich mit den Verhältnissen anderer Kalkwerke zu ermöglichen. Obwohl die Löhne und auch die Arbeitszeit noch sehr weit von Muttergütigkeit entfernt sind, so muß doch anerkannt werden, daß sie von denen vieler privater Kalkwerke anerkannt absteigen. Es ist das aber jedenfalls mehr auf den Einfluß der Stadt Berlin, als auf den preussischen Staat zurückzuführen, denn dieser ist für seine arbeitsenden Kinder noch immer ein Stiefvater gewesen.

Im Jahre 1911 wurden in genannten Betrieben 1072 Arbeiter beschäftigt. Darunter befanden sich 29 Arbeiter unter 21 Jahren und 8 Arbeiterinnen, welche letztere nur mit Reinigen und Feigen der Bureauräume beschäftigt wurden. Die Arbeitszeit ist für alle Arbeiter auf täglich 9 Stunden bemessen. Bei der anhaltenden Hitze im Monat August vorigen Jahres wurde die Arbeitszeit im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß auf 8 Stunden herabgesetzt. Um die Arbeiter möglichst wenig der Sonnenhitze auszusetzen, begann die Arbeitszeit schon um 4 Uhr morgens und währte bis 12 1/2 Uhr mittags, mit einer halbtägigen Unterbrechung zum Einnehmen des Frühstücks. Diese recht vernünftige Regelung ist in andern Kalkwerken nicht wahrgenommen worden. Es ist dies auch schon mit Rücksicht auf die erheblich längere Arbeitszeit anderer Betriebe — in der Regel 11—12 Stunden — nicht angängig.

Table with 4 columns: Year, Workers, Daily Wage, Monthly Wage. Rows show data for brickworks and lime works in 1908, 1909, and 1911.

Die hier angeführten Löhne, die bei neunstündiger Arbeitszeit erzielt wurden, überragen die Arbeitslöhne der privaten Kalkwerke ganz bedeutend, so daß selbst die längere Arbeitszeit keinen Ausgleich schaffen kann. Wird doch von den Arbeitern der meisten Kalkwerke heute noch ein Stundenlohn von 35 Pf. vergebens gefordert, während er hier für erwachsene Arbeiter 46 bis 51 Pf. beträgt. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß die vorstehenden Arbeitslöhne allen Anforderungen eines menschen-

mit aber doch entschieden Einspruch erheben. Auch Genosse Wurm dürfte heute kaum noch der Meinung sein, daß Branntwein zur täglichen Ernährung notwendig ist.

Kollegen! Mit dem Beginn der Ziegeleikampagne hat für uns die siebenfache Ausbeutung wieder eingeleitet. Dagegen können wir uns am besten zur Wehr setzen, wenn wir unsere Ausbeuter öffentlich an den Pranger stellen. Zu diesem Zweck ist aber erforderlich, daß wir alle Uebelstände in den Ziegeleien, auf welchem Gebiete sie auch liegen mögen, der Agitationsleitung wahrheitsgemäß mitteilen.

würdigen Lebens gerecht werden könnten. Denn selbst die in der Kalkbrennerei beschäftigten Arbeiter, die mit 4,64 Mk. pro Tag den höchsten Lohnsatz ausweisen haben, erzielen, vorausgesetzt, daß sie 300 Tage im Jahre zu arbeiten vermögen, nur einen Jahresverdienst von 1392 Mk. Bei der heutigen Zeit der Teuerung reicht aber ein solches Einkommen noch lange nicht aus, um ein halbwegs bescheidenes Dasein zu fristen. Die Löhne dürfen deshalb auch hier noch beträchtlich steigen, bis sie die Höhe von 1600 Mk. jährlich erreichen, die bekanntlich die badische Regierung zur Ernährung einer Familie noch als unzureichend bezeichnet hat.

Die Steigerung der argeführten Löhne von 1908 bis 1911 ist gegenüber der stets umschweifenden Teuerung nicht sehr erheblich. Die höchste Steigerung haben die Brucharbeiter mit 11 Prozent zu verzeichnen. Bei den Brennereiarbeitern dagegen beträgt sie nur 6,6 Prozent, bei den Maschinenarbeitern und Schültern 3,7 Prozent, bei den Handwerkern 2,6 Prozent und bei den Arbeiterinnen und Jugendlichen ist sogar ein Lohnrückgang von 7 Prozent eingetreten. Demgegenüber haben wir in der gleichen Zeit eine Preiserhöhung für die wichtigsten Lebensmittel von 26 Prozent aufzuweisen, so daß sich auch bei den städtisch-fiskalischen Kalkwerksarbeitern eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung herangebildet hat. In Anerkennung dessen wurden auf Antrag des Arbeiterausschusses der Direktion im Jahre 1911 10.000 Mk. zur Verfügung gestellt, um den Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren. Natürlich war diese Teuerungszulage nicht im geringsten geeignet, die Teuerung auszugleichen, denn sie betrug durchschnittlich pro Arbeiter nur 9,32 Mark oder pro Tag 2,5 Pf. Für den preussischen König beträgt die Teuerungszulage bekanntlich pro Jahr 3 1/4 Millionen Mark oder pro Tag 9589 Mk. Diese königliche Teuerungszulage ist aber keine einmalige, sondern eine dauernde, obwohl bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte, daß der preussische König von der Teuerung mehr belastet wird als die Arbeiter.

Die Zahl der Unfälle betrug 1909 insgesamt 46. Durch die Verbesserung der Transporteinrichtungen — an Stelle des Pferdebetriebs trat der Lokomotivbetrieb — wurde diese Zahl 1910 auf 30 herabgesetzt, ist aber im Jahre 1911 wieder auf 35 gestiegen. Da bei den Revisionen Mißstände nicht ermittelt wurden, so wäre es jedenfalls interessant, zu erfahren, woraus sich die Unfallsziffern ergeben, ob da nicht die Artzelei eine Rolle spielt.

An Wohlfahrtsanstaltungen für vor allem 30 Arbeiterwohnhäuser zu nennen, in denen 107 Arbeiterfamilien untergebracht sind. Die Wohnungsmiete beträgt durchschnittlich 98 Mk. pro Jahr. Das Abvermieten ist den Arbeitern verboten. Um die Arbeiter mehr an den Betrieb zu fesseln, wird ihnen von der Direktion die Ansiedlung nahegelegt und ihnen Bauhand zu billigen Preisen überlassen. Der Direktion scheint es mithin wohl bemußt zu sein, daß die gezahlten Arbeitslöhne noch zu niedrig sind und deshalb kein Bindemittel bilden. Bei einem auskömmlichen Lohn könnte die Direktion Arbeiter in Fülle haben, sie könnte dann auf die Zwangsjacke der Werkwohnungen und der Ansiedlung verzichten.

Nach fünfjähriger Beschäftigung im Betriebe wird den Arbeitern bei Fortzahlung des Lohnes ein sechsstündiger Erholungsurlaub gewährt. Die Arbeiter müssen jedoch dabei 35 Jahre alt sein und sich „gut geführt“ haben. Diese Klausel ist offenbar nur geschaffen, um gefügige Kreaturen zu züchten oder um mit dem Erholungsurlaub nach außen zu prahlen, ohne ihm nennenswerte Wirkung zu verleihen. Die leitenden Herren sind also der Ansicht, daß ein Kalkwerksarbeiter unter 35 Jahren keiner Erholung bedarf. Es dürfte dabei wohl so mancher Kalkwerksarbeiter vom Senfmann abberufen werden, bevor er in den Genuss dieser Wohlfahrt gelangt. Hat sich der Arbeiter aber nicht „gut geführt“, so winkt ihm die Erholung überhaupt nicht. Und was versteht man in solchen Betrieben nicht alles unter guter Führung. Der Arbeiter kann sich in seiner Pflichterfüllung aufopfern; wenn er sich nicht überall unterwürdig und demütig gegen die Betriebsführung zeigt, so wird er in seiner Führung niemals das Prädikat „gut“ erhalten.

Zur Steigerung der Notlage wird den Arbeitern Feuerungsmaterial zum Einkaufspreis abgegeben. Außerdem sind fünf Kaffeebüden errichtet, in denen Kaffee, Suppen, Weißbier und Limonaden gegen billige Preise geliefert werden, und erfreut sich diese Einrichtung eines regen Zuspruchs. Im Sommer wird den Arbeitern mit Zitronensäure durchsetztes Wasser unentgeltlich verabreicht. Aber auch den geistigen Bedürfnissen der Arbeiter hat man Rechnung getragen. Allerdings scheint die Direktion diese Bedürfnisse nicht besonders hoch einzuschätzen, denn sie hat den Arbeitern das christlich-konserervative Traktätchen „Arbeiterfreund“ zu obigem Zwecke geliefert. Daß diese geistige Kost nicht geeignet ist und auch nicht verabreicht wird, um das Selbstvertrauen und das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu wecken und zu heben, sondern im gegenteiligen Sinne zu wirken, braucht wohl nicht besonders betont zu werden; denn das Wort: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben“ dürfte auch in Kalkberge bekannt sein. Hoffentlich hatten die Kalkwerksarbeiter für den christlich-konserativen „Arbeiterfreund“ eine passende Verwendung.

Trotz der mancherlei Schwächen, die sich hier gezeigt haben, wollen wir die Lichtseiten, wenn sie auch noch schwach sind, gern anerkennen und sie den Arbeitern der andern Kalkwerke als nächstes Ziel empfehlen. Die Kalkwerke in Kalkberge prosperieren bei den gewährten, oben angeführten Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorzüglich, und was in Kalkberge möglich ist, muß auch in andern Kalkwerken möglich sein; und es ist möglich, wenn die Kalkwerksarbeiter wollen und sich ihrer Arbeiterpflicht erinnern.

Unterschiedsverhältnisse für die Ziegeleiarbeiter.

Die Unterlufträume der fremden Ziegeleiarbeiter sind mit geringen Ausnahmen sehr schlecht. Es gilt dies aber nicht nur für die deutsche Ziegeleindustrie, sondern auch für die ausländische.

Daß die Gewerkschaften viel über die Ungeundheit der Arbeiterwohnungen klagen, darf nicht überraschen, da viele dieser Wohnungen mehr aus egoistischen Trieben, als aus humanitärer Rücksicht errichtet wurden.

Es ist also in den ungarischen Ziegeleien beinahe so schlecht bestellt, wie in den deutschen. Die Ausbeutung und Mißachtung der Ziegeleiarbeiter ist eben international.

Gutes Geschäft beim Ziegelei-Verkauf.

Der Ziegeleibesitzer Gerlach in Reidenburg kaufte vor zwei Jahren seinen Betrieb nebst Bestung für 190 000 M. Kürzlich veräußerte er ihn für 235 000 M. an den Bestiger Gombowski.

Aus dem Chemnitzer Ziegeleigebiet.

In Chemnitz und Umgegend sind im Sommer ungefähr 1200 Ziegeleiarbeiter beschäftigt, die sich im Winter wieder nach allerorten zerstreuen. Die technische Umwälzung der gesamten Industrie hat die Ziegeleien nur wenig berührt.

Aus dem Württembergischen Oberland.

Seitdem unsere Organisation die Aufklärungsarbeit unter den Ziegeleiarbeitern mit allem Eifer betreibt, ist in jeder Beziehung eine Wendung zum Besseren eingetreten.

In den abgelegenen Gegenden, wo die Organisation noch nicht einbringen konnte, macht man von dem Wohlwollen der Herren aber nichts, dort sind sie noch unumschränkte Herrscher über ihre Untertanen.

Es sind solche merkwürdigen Ausstellungen sind auch die jugendlichen Arbeiter zu nennen. Diese müssen ebenfalls arbeiten wie die Erwachsenen und des Lohnes weniger empfangen.

Die „Zeit“, die den Arbeitern vorgegeben wird, ist oft von solch geringer Quantität, daß sie gerade zum Leben, aber nicht zum Essen ausreicht.

Zeit geplagt und bei der Arbeit gehindert werden. Die Hauptnahrung sind Kartoffeln. Fleisch wird den Arbeitern nur gegeben, wenn es beim Essen überhaupt nicht, sondern die ganze Schüssel kommt auf den Tisch.

Ungefähr dasselbe Bild bietet sich auch in der etwa 1/4 Stunde entfernten Ziegelei Dillmannshof. Das Essen ist hier wohl etwas besser, aber die Ausbeutung davon um so gründlicher.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen-Kaisten (Gipsfabrik), Berlin (Kunstseifenfabrik), Braunschweig, Celle (Fadenfabrik), Frankfurt a. M., Götting (Waggonfabrik), Hamburg, Köln a. Rh., Neumünster, Nürnberg (Zellulose-Industrie), Paderborn, Regensburg, Riesa a. d. Elbe (Nahrungsmittelfabrik), Rotenburg o. d. T. (Industrie- und Maschinenfabrik), Sommerfeld, N.-L. (Ziegeleien), Stettin, T. (Damen- und Herrenkleidung), Zwickau.

Breslau. Die bei der Firma G. S. Jerschke, Schleifische Dachpappen- und Kunstseifenfabrik beschäftigten Arbeiter reichten durch den Verband Lohnforderungen bei der Direktion ein.

Herzberg a. Harz. Erfolgreich beendete Lohnbewegung in der Baumwollbleicherei. Am 10. April wurde durch die Leitung des Verbandes der Betriebsleitung eine Lohnforderung überreicht.

Strasburg. Der Streik der Ziegler im Strasburger Gebiet ist durch Verhandlungen beigelegt.

Streik. Einen recht erbitterten Kampf haben die Kollegen der hiesigen Schneidemühlen zu führen. Nachdem die Schneidemühlensbesitzer alle Forderungen glatt abgelehnt hatten, traten am 13. März die Kollegen aus dem größten Betrieb hier an Ort, der Firma Max Weiland, in den Streik.

Zeis. Im Berl. Anze-Zeig des Vereins gemischer Fabriken, A. G., liegen die in der Düngersfabrik beschäftigten Arbeiter der Sauer-Alten-Geleisung, welche die in der Düngersfabrik beschäftigten Arbeiter mit Ausnahme der Arbeiter der Sauerstellung, die eine 14 tägliche Kündigungsfrist haben, seit dem 30. April im Ausstand.

entlassen, und damit ist der Weg frei geworden für alle nichtorganisierten Arbeiter.

Table with 2 columns: Name, Amount. Rows include 4,45 M., 4,50 M., 4,85 M., 5 M., 5,50 M., 6,05 M., 5,60 M.

in der zehnjährigen Arbeitsfrist verdient worden. Wir fordern nunmehr nichtorganisierte Arbeiter auf, sich bei uns zu diesen günstigen Arbeitsbedingungen zur Arbeit zu melden.

Selbst wenn diese Zahlen stimmen, so ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Löhne im Allord unter unerschrittenen Treibereien während der letzten Saison verbietet worden sind.

Verstärkte Abteilungen haben auch nicht in der regulären Arbeitszeit diesen Verdienst erzielt, sondern durch Ueberstundenarbeit. Dann ist diese Arbeit eine äußerst gesundheitschädliche infolge der großen Staubentwicklung, worunter namentlich die Arbeiter in der Mühle zu leiden haben.

Verbandsnachrichten.

Die Broschüre „Aufgaben der Vertrauensleute“ war vergriffen. Die neue Auflage ist fertiggestellt und wird in diesen Tagen versandt.

Vom 30. April an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Table with 2 columns: Name, Amount. Rows include Altenburg (S.-A.) 865,97, Köln 180,58, Kalbe a. d. S. 400,00, Zwickau 300,00, Göttingen 131,72, Sulgau 48,49, Karamowice 47,41, Leipzig 44,91, Saarbrücken 42,00, Lauterbach 10,00, P. - 25,00, Köpferberg 302,40, Westerland 300,00, Aue i. Erg. 200,00, Lindenwalde 87,25, Krottenhof 80,00, Lorch i. B. 46,13, Glowno 14,40, Lütz 11,00, Lütz 800,00, Breslau 687,48, Glauchau 150,00, Kottbus 107,93, Müllheim 19,85, Müllheim i. C. 4,00, Hannover 15 785,81, Wefertingen 100,00, Eilenburg 9,00, P. - 30,00, Penzig (D.-A.) 228,04, Nossen 200,00, Waldheim 200,00, Ohlau 100,00, Osterrheim 26,44, Erfurt 1,30.

Schluss: Montag, 6. Mai, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Berichtigung: In Nr. 17 muß es heißen: Lauenburg i. P. 116,89 nicht Lauenburg a. E.

Für die Tabakarbeiter gingen ein: Königswalde 4,00.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1912 haben eingekauft:

Glowno, Neufahrn, Goldberg, Karamowice b. Posen, Werder a. S., Ludenwalde, Freising, Neustadt (O.-Schl.), Müllheim, Hattenrode, Strasburg, Penzig, Wittenberg, Demmer, Kadzori, Raneburg, Kottbus, Stollow, Hannover, Niersheim, Müllheim.

Angeschlossen an Elmshorn hat sich die Zahlstelle Uetersen.

Zusammensetzung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhält die Zahlstelle Kreisrat 5 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in. Rows include 440387 August Brud, 299371 Jean Mros, 432253 Otto Herda, 315111 Andreas Wilhelm, 322083 Willi Sabo, 457133 Matthias Gruber, 458135 Joseph Dillinger, 485305 Johann Reger, 201530 Franz Golz, 170259 Franz Groned, 178017 Michael Gigg, 147837 Verold Kuchel, 206088 Franz Bauer.

Ausgeschlossene wurden die Mitglieder der Zahlstellen:

Erfurt: Fritz Steinweg, Buch-Nr. 115 166. Greifenhagen: Emil Schulz, Buch-Nr. 407 131, und Ernst Stein, Buch-Nr. 305 026. Braunschweig: Wilhelm Kruse, Kart.-Nr. 197 184.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Bamberg: Peter Stenglein, -berg Nr. 35 1/2. Barmen: Wilhelm Vogt, Breite Str. 57. Barmen-Elberfeld: Artur Schmitz, Barmen, Oberböcker Straße 76. Franz Wiefenberg, Barmen, Meyerstr. 29. Bendorf a. Rh.: Anton Gelhard, Bergstr. 39. Albert Eggert, Porsheim b. Koblenz, Hauptstr. 49. Süßow i. Meckl.: Johann Siewert, 2. Wallstr. 11, r. Oberwalde: Hermann Mercier, Neue Schweigestr. 8. Lüneburg: Karl Fimendorff, Rotenburg Str. 14. Lützen: Heinrich Zimmermann, Leichstr. 3. Neumünster: Paul Ding, Juliusstr. 11, pt. Neustettin: Otto Kletter, Brüne Str. 2. Oberkassau: Carl Ullich, Conradstr. 264.

Durch den Vorstand können bezogen werden zu bedeutend ermäßigten Preisen:

Dr. Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften. Dr. Kulemann, Die Berufsvereine. 3 Bände. Korrespondenzblatt. 9 Jahrgänge (1891-99). Proletarier. 2 Jahrgänge (1909-11). Protokoll vom 7. Gewerkschaftskongress in Berlin. Protokoll von der Gemischten Konferenz. Protokoll vom 9. und 10. Verbandstage. Protokoll vom 1. bis 4. Verbandstage. Gemischten. Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

## Chemische Industrie

### Die Entwicklung der Produktion in der chemischen Industrie.

Zwei Entdeckungen sind es, die Mitte des vorigen Jahrhunderts den Anstoß zum überraschend schnellen Aufblühen der chemischen Industrie in Deutschland gaben. 1861 erfand der Chemiker Frank das Verfahren, die in ungeheuren Lagern bei Staßfurt aufgefundenen sogenannten Abraumfalsche technisch zu verwerten und in ihre Bestandteile zu zerlegen. Es gelang ihm, das Chloralkalium, das bisher aus Pflanzensaft in kostspieliger Weise gewonnen wurde, auf billige Art und Weise aus den Abraumfalschen zu gewinnen. Diese Erfindung war von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die gesamte chemische Industrie, die in den Kalisalzen Staßfurt ein billiges Ausgangsprodukt für weitere Fabrikate gefunden hat. Dieser Entdeckung voraus ging die Entdeckung der Teerfarbstoffe durch den englischen Forscher Perkin im Jahre 1856. Wir haben heute in Deutschland eine Teerfarbenindustrie, die von keiner andern auf der Erde an Umfang und Güte ihrer Erzeugnisse nur annähernd erreicht wird. Gleichzeitig wurde auch die Nutzbarkeit vieler der bei der Zerlegung des Steinkohlenteers gewonnenen Stoffe für die Heilkunde erkannt. Die moderne Pharmazie wäre ohne die synthetisch hergestellten Heilmittel in vielen Fällen machtlos gegen epidemisch auftretende Krankheiten. Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn Prof. Dr. Binz 1911 bei Gelegenheit einer Festrede von einer „Mission der Teerfarbenindustrie“ sprach. Denn eine ganze Reihe von Geiseln der Menschheit, wie Cholera, Pest, Tuberkulose und zuletzt noch die furchtbare Syphilis sind heute durch die Industrie pharmazeutischer Präparate fast unschädlich gemacht worden.

Die Produktion der chemischen Industrie ist in den letzten Jahrzehnten ungeheuer gestiegen. Genauere Produktionsangaben sind leider nur für wenige Artikel vorhanden, von denen wir einige in nachstehender Tabelle wiedergeben. Es betragen Produktion und Wert von:

	Chloralkalium		Kalisalzen		Schwefelsäure	
	1000 Tonnen	1000 Mt.	1000 Tonnen	1000 Mt.	1000 Tonnen	1000 Mt.
1880	83,7	9 485	698,1	6 093	—	—
1882	148,4	19 978	1 204,1	11 673	—	—
1885	107,2	14 676	920,9	11 130	343,3	13 486
1890	137,0	17 735	1 274,9	16 505	507,0	17 036
1895	154,4	19 685	1 521,9	20 715	608,9	17 695
1900	271,5	35 175	3 050,6	39 111	849,9	24 282
1905	373,2	44 456	5 043,5	60 391	1 281,2	35 636
1907	473,1	53 108	5 743,4	66 644	1 402,4	40 207
1908	511,3	56 173	6 099,0	71 076	1 391,7	39 571
1909	625,0	68 259	7 042,0	81 655	1 434,7	41 349

Schon diese eine Aufzählung genügt, um das geradezu riesenhafte Wachstum der chemischen Industrie zu illustrieren. Aber noch deutlicher wird die Steigerung, wenn wir sie prozentual ausdrücken. Sie betrug für die Produktion von Kalisalzen, Chloralkalium und Schwefelsäure im Zeitraum 1885/1909 entsprechend 664,7 Prozent, 483 Prozent und 317,9 Prozent! Die Werte gingen nur um 633,6 Prozent, 365,1 Prozent und 206,6 Prozent in die Höhe. Ueber die Ursachen dieser auffälligen Erscheinung, die in der ganzen chemischen Industrie verbreitet wiederkehrt, wird noch zu reden sein.

Die Gründe dieser außergewöhnlichen Produktionssteigerung liegen in dem wachsenden Verbrauch der chemischen Fabriken selbst und dem der Landwirtschaft, für die als Düngemittel die Kalisalze ganz besonders in Betracht kommen. Ferner sind sie die Grundstoffe zu zahlreichen andern Produkten, die in der Textil-, Glas-, Metall- und Teerfarbenindustrie sowie in der Pharmazie und andern Industrien verwendet werden. Wir sehen also, daß sich die Produkte der chemischen Industrie in einem organischen Zusammenhang, einem Kreislauf befinden, wie er in keinem andern Gewerbe wiederzufinden ist.

Wir geben nun eine Uebersicht über den Gesamtaufwand mit Erzeugnissen der chemischen Industrie. Die Angaben in der nachfolgenden Tabelle sind nach den monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands zusammengestellt. Danach betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in D.M.	in 1000 Mt.	in D.M.	in 1000 Mt.
1892	8 452 306	242 459	5 302 087	270 511
1895	10 019 045	242 856	6 099 893	309 054
1900	11 445 320	249 775	8 342 292	347 880
1907	13 588 868	305 401	28 016 785	596 855
1909	16 093 319	305 137	31 285 327	612 223
1910	17 767 524	334 027	37 231 313	696 594
1911	18 363 290	338 765	40 135 554	752 862

Die gewaltige Zunahme der Ein- und Ausfuhr ist unverkennbar. Gleichzeitig aber auch, daß die Wertsteigerung bei weitem nicht dem Mengenzuwachs konform geht. Es betrug die prozentuale Zunahme der Mengen im Zeitraum 1892/1911 rund 117,26 Prozent für die Einfuhr und 656,98 Prozent für die Ausfuhr. Die entsprechenden Wertzunahmen stellen sich jedoch nur auf 39,72 Prozent beziehungsweise 178,31 Prozent. Mit andern Worten ausgedrückt heißt das: der Wert der chemischen Erzeugnisse ging seit 1892 relativ um rund zwei Drittel zurück!

Vergleichen wir die Produktionszunahme mit dem Wachstum der Arbeiterzahl, so ergibt sich, daß diese im Verhältnis viel langsamer stieg. Es ist das neben stärkerer Ausbeutung der Arbeitskraft eine Folge der Verbesserung der Produktionsweisen und Vereinfachung der angewandten Verfahren, die die Ausbeute erhöhen, ohne daß damit eine Vermehrung der Arbeiterzahl verbunden sein muß. Charakteristisch ist hierfür das Beispiel der Schwefelsäureindustrie, in der die Anzahl der Arbeiter, auch der Unternehmer, sich fast gar nicht vergrößerte, während die Produktion ungeheuer zunahm. Die Herstellung der Schwefelsäure vollzieht sich nach den modernen Verfahren, besonders auch im Bleisäureprozess, fast rein mechanisch, so daß eine Produktionssteigerung nicht auch eine erhöhte Arbeiterzahl bedingt. Für die Vereinfachung der Fabrikation spricht auch schon die stetig wachsende Verwendung weitaus mehr Arbeiterkräfte in der chemischen Industrie.

Einer der weltbeherrschenden Zweige der deutschen chemischen Industrie ist die der Teerfarben, deren Produktionsentwicklung denn auch ganz gewaltig ist. Leider besitzen wir genaue Daten über die hergestellten Mengen nicht, weshalb wir uns mit Rückschlüssen aus der Außenhandelsstatistik begnügen müssen. Die Ein- und Ausfuhr der Fabrikate der Teerfarbenindustrie entwickelte sich wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Tonnen	Wert in 1000 Mt.	Tonnen	Wert in 1000 Mt.
1892	1199	4089	23 082	70 976
1895	1460	4206	31 852	81 540
1900	2454	4975	46 858	109 172
1905	3446	6363	76 495	165 795
1909	2647,5	6632	81 515,6	188 107
1911	2896,8	7010	91 481	187 170

Prozentual stieg demnach die Einfuhr von 1892 bis 1911 nach Menge und Wert um 141,6 Prozent resp. 71,4 Prozent. Für die Ausfuhr ergeben sich die entsprechenden Prozentzahlen von 296,7 und 163,7. Die Einfuhr geht mehr und mehr zurück und beschränkt sich auf wenige exotische Rohstoffe, die bisher noch nicht auf chemischem Wege gewonnen werden konnten. Dagegen steigt der Export anhaltend und wird in seiner Entwicklung von keinem andern Produktionszweig übertriften. Freilich hält auch in der Teerfarbenindustrie die Wertentwicklung nicht gleichen Schritt mit dem Produktionsaufschwunge. Wegen 1892 war der Wert aller Erzeugnisse der Teerfarbenindustrie im Jahre 1911 relativ um die Hälfte niedriger. Worin diese auffällige Erscheinung begründet ist, soll in einem besonderen Artikel dargelegt werden.

**Scharfmacherische Tendenzen bei Gehe u. Ko., Dresden.**  
Die „Arbeitgeberzeitung“ entnimmt dem Handelsbericht der Firma Gehe und Kompanie in Dresden einige Bemerkungen, die sich gegen Streiks und Streikpostenstehen wenden. Es heißt da:  
„Streiks treten nur dann ein, wenn die Mehrheit der Arbeiter sich dafür erklärt, ob nun ein Streik berechtigt ist oder nicht, die Streikenden sind in ihrem gesetzlich anerkannten Recht. Dasselbe Recht steht aber auch der arbeitswilligen Minderheit zur Seite. Die Mehrheit will dies nicht anerkennen. Zunächst durch Ueberzeugung, dann durch Streikpostenstehen, Bedrohungen und rohe Gewalt sucht man die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen, und in Laufenden von Fällen ist dies wirklich gelungen. Die Behörden wissen das. Der gleichfalls verbrieft Schutz der Arbeitswilligen tritt jedoch meist erst dann ein, wenn die Streikenden sich zu Gewalttätigkeiten und Erpressen hinreichend lassen.“  
Es ist wirklich schrecklich, so könnte man ausruhen, wenn man beim

Studium dieses Erzeugnisses die praktische Kenntnis des Verfassers über das Führen von Lohnbewegungen unter die Lupe nimmt. Unzweifelhaft ist der Verfasser ein Kalkulator der Firma mit stramm nationalliberaler Gesinnung. Wir können wirklich nicht verstehen, warum gerade dieser Herr und diese Firma nach Arbeitswilligenspruch ruft, denn bei Gehe u. Ko. hat noch nie ein Streik stattgefunden. Sollte es das böse Gewissen sein! Erklärlich wäre es, wenn die Arbeiter dieser Weltfirma, die noch mit 16,60 Mark Wochenlohn eingestellt werden, einmal reichlich würden. Auch der Jahresbeitrag von 1910 lagte schon über Begehrlichkeit der Arbeiter. Bei solchen Löhnen kann man sich nicht über die Begehrlichkeit der Arbeiter, sondern nur über die Langmütigkeit derselben und über die Kunst, mit dem Kammerlohn auszukommen, wundern. Wenn man die Arbeitskraft der Unternehmer oder des Kalkulators mit 16,60 Mark pro Woche einmaltulieren und auch bezahlen würde, diese Herren, die schon bei ihren Reineinkommen nicht genug bekommen können, würden gewiß aufbegehren, sich vielleicht an die Spitze der Unzufriedenen stellen und für Verbesserung der Lebenslage kämpfen. Wenn die Firma im Jahr 1910 über die Begehrlichkeit der Arbeiter klagt, im Jahr 1911 aber unter dem Druck der Verhältnisse, der Lernerung, sich zur Zahlung einer Lernerzulage von 60 Pf. bis 1,20 Mark wöchentlich entschließt, so beweist das nur, daß die Begehrlichkeit der Arbeiter berechtigt war. Mit Polizeimacht das soziale Elend zu bannen, können nur Leute fordern oder versuchen, die alles sozialen Pflichtgefühls bar sind.

**× Terrorismus der W. A. S. F.**  
Ein eigentümliches Licht wirft folgende Entlassungszeugnis auf die Badische Anilin- und Sodafabrik.

**Zeugnis.**  
Dem F. . . . S. . . . aus H. . . . wird hiermit bescheinigt, daß derselbe vom 14. Juni 1911 bis 1. Mai 1912 als Arbeiter bei uns beschäftigt war.  
Seine Führung und seine Leistung siehe umstehend.  
Derselbe tritt heute ordnungsgemäß aus und war Mitglied unserer Krankenkasse.  
Ludwigshafen o. Rh., den 1. Mai 1912.  
Badische Anilin- und Sodafabrik.  
F. V. gez. Seibel.

Die unzeitigen Bemerkungen sehen so aus:  
Führung: In bezug auf die Führung liegt dem F. S. zur Last, daß er bei der Wahl zur Krankenkasse diese Wahl fälschte, eine Tatsache, die er auch unumwunden eingestanden hat.  
Leistung: Bezüglich der Leistungen ist zu erwähnen, daß S. meist nur dann fleißig arbeitete, wenn er genügend beaufsichtigt war.

Diesem Zeugnis liegt folgender Tatbestand zugrunde: Bei der Wahl zum Krankenlattenauschuß betrieben die Beamten eine starke Agitation und Hege für den gelben Wertverein und gegen die Freiozialisten. In dem fraglichen Betriebe waren zwei Polen beschäftigt, die als organisierte Arbeiter den Streik mitgemacht hatten. Aufseher und Vorarbeiter wirkten für die Gelben, so daß auch die beiden Polen für den von den Gelben vorgeschlagenen Braum stimmen wollten. Des Schreibens untüchtig, begaben sie sich zu dem jetzt entlassenen Arbeiter, damit er ihnen die Stimmzettel mit dem Namen Braun ausfüllen sollte. Das tat der Arbeiter nicht, sondern schrieb den freigewerkschaftlichen Vorschlag darauf. Die Polen wandten sich nun an einen andern Arbeiter und jagten ihm, er möchte die Namen ändern. Dieser lärtete die Polen aber auf, daß Braum nicht mitgestimmt hätte, Engel jedoch die Interessen der Arbeiter vertrete. Damit gaben sich die Polen zufrieden und wählten für uns. Die Gelben legten Protest gegen die Wahl ein. Die Verwaltungsbehörde entschied, daß eine Wahlbeeinflussung nicht vorgelegen habe. Den Polen sei der Inhalt der Zettel bekannt gewesen. Hätten sie anders wählen wollen, wäre es ihnen möglich gewesen, andre Zettel abzugeben. Damit ist der Schwindel der Wahlfälschung erledigt.

Die zweite Bemerkung bezüglich der Leistungen steht auf derselben Seite. Der Arbeiter war von 1900 bis 1905 zur Zutriebszeit bei der Anilinfabrik tätig. Er arbeitete ein Jahr anderwärts und trat 1906 wieder ein, um wiederum zur allgemeinen Zufriedenheit bis 1908 zu arbeiten. Er ging dann zur pfälzischen Eisenbahn über, wo er bis 1911 beschäftigt war. Nunmehr ging er wieder in die Anilinfabrik und arbeitete 11 Monate dortselbst. Niemand wurde der Gedanke laut, die Leistungen des Arbeiters seien ungenügend. Erst als er entlassen wurde, stellte sich heraus, daß die Anilinfabrik ca. acht Jahre einen Faulenzer beschäftigt hatte. Uns scheint, daß die Auflehnung gegen den gelben Terrorismus die Ursache der Entlassung und auch des Zeugnisses war. Mit diesem Zeugnis konnte der Arbeiter selbstverständlich keinen neuen Arbeitsplatz finden. Er verlangte darum von der Anilin einen Entlassungschein ohne Fälschungsbefreiung, der ihm dann auch gegen Rückgabe des Zeugnisses ausgehändigt wurde.

Das vorliegende Zeugnis wird uns aber für die von Arbeiterwohl-fahrt triebende Anilinfabrik ein wichtiges Dokument bleiben.

**× Aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik.**  
Aus dem Indigobetriebe werden Klagen laut. Die Mundschwämme sind hier für die Arbeiter unentbehrlich. Sie werden aber nicht genügend geliefert. Die Qualität ist geradezu grauenerregend. Einige Musterexemplare lagen vor. Der lästige Indigoftaub wird durch solche ehemaligen Schwämme von den Luftwegen der Arbeiter nicht ferngehalten. Sie wandern auch häufig von einem Arbeiter zum andern und dienen somit als Krankheitsüberträger, sind aber auch ekel-erregend. Werden neue Schwämme verlangt, so müssen die alten abgeliefert werden. Nach dem Streik war dieses jedoch nicht möglich, denn

## Die Anfänge der Gewerbehygiene.

II.

Ueber die Gewerbekrankheiten in der Fabrikation mineralischer Säuren teilt Patissier interessante Details mit. Er schreibt: „Die Verfertigung der mineralischen Säuren ist im allgemeinen der Gesundheit der Arbeiter sehr schädlich. In den Werkstätten, wo Schwefelsäure, Kochsalzsäure, Salpetersäure usw. zubereitet wird, entwickeln sich durchdringende Dünste, die das Atmepolen hindern, Husten, Blutauswurf, Kopfschmerzen, Kolik, Diarrhöe und andre ähnliche Uebel verursachen. Nicht nur den Arbeitern in den Fabriken selbst sind diese Dünste gefährlich; auch denjenigen, die in der Nachbarschaft der Fabrik wohnen, können sie tödlich werden: ihre zerstörende Wirkung erstreckt sich oft auf Pflanzen, Weinstöcke und Stauden, die von dem schädlichen Hauche verwelken und wie mit Kalt überzogen aussehen. Dies ist um so merkwürdiger, je wärmer und trockner die Witterung ist.“

Ueber Gewerbekrankheiten bei Herstellung der künstlichen Soda schreibt Patissier: „Bei der Verfertigung der künstlichen Soda entwickeln sich Dünste, die sehr schädlich auf die Gesundheit der Arbeiter wirken; dahin gehören besonders das kohlensaure und kochsalzsaure Gas, welche beide die Brust und die Augen der Arbeiter angreifen.“ Noch gefährlicher ist die Fabrikation des Quecksilberpublimats. Ramazzini berichtet, daß nach Zeugnis eines Arztes alle Leute, die in der Nähe einer Fabrik, die Sublimat herstellt, wohnen, an der Schwindsucht oder andern Brustübeln sterben. Patissier fordert deshalb, daß keine Sublimatfabriken in den Städten geduldet werden sollen.

Ueber die Gefahren und Krankheitserscheinungen bei Bleiarbeitern berichtet Patissier: „Der zerstörenden Einwirkung des Bleies sind alle die Arbeiter mehr oder weniger ausgesetzt, die damit zu tun haben: als die Bergleute in den Bleiminen, die welche es reinigen oder in Platten oder Kugeln gießen oder für die Kanäle arbeiten, nämlich Bleiweiß oder Bleiweiß daraus bereiten. Sannclair versichert, daß in den Bleiweißfabriken im Durchschnitt alle Jahre von drei Arbeitern einer stirbt. Am gefährlichsten ist das Blei, wenn es gegossen wird; die verdunsteten Bleidünste bringen nämlich durch die Zugänge zu Lunge und Nieren und durch die Haut in unsere Organe. Die Bleiarbeiter pflegen Retikolitis

und lähmende Sichte zu bekommen. Auch die Farbenreider und Farbenhändler erkranken durch Einatmung der Bleiausdünstungen. Dadurch, daß sie bei der Arbeit immer das Gesicht über den Farben haben, saugen sie eine Menge von Dünsten ein, die sich dabei entwickeln.“

Nach Patissier sind die Verfertiger von Harndünger und Mistfaub den gewerblichen Erkrankungen nicht unterworfen. Er teilt zugleich den Produktionsprozess mit, der im Vergleich zu unsern modernen Betrieben sehr primitiv ist. Mit wenigen Worten wollen wir denselben hier wiedergeben:

Man stellt mehrere Becken in eine große Halle; zwei Arbeiter schütten abwechselnd einmal eine Quantität Urin und einmal dieselbe Quantität Gips hinein, womit sie fortfahren, bis das Becken fast voll ist. Die Masse wird alsdann mit einem Haken oder hölzernen Stöckel, ungefähr eine Viertelstunde lang, umgerührt. Wenn es gehörig untereinander gearbeitet ist, läßt man die Mischung stehen. Während des Umrührens entwickelt sich aus derselben eine starke Gärung, die Masse braust auf und gibt eine eigene Wärme und oft sehr stinkende Dünste von sich, die die Augen und den Schlund sehr angreifen. Die Arbeiter müssen sich daher so stellen, daß der Wind diese Dünste nicht zu ihnen hin, sondern von ihnen wegreibt. Die Mischung bleibt nun drei bis vier Stunden stehen, dann nimmt man den Harndünger mittels eines Grabzeigers oder einer Schaufel heraus und legt ihn unter die Halle, um ihn zu trocknen; dann wird er zu Staub zermalmt. Geweber gefährdet das letztere mittels einer Balge von Erz, oder Eisen oder durch Stängel, die durch Reibebänder in Bewegung gesetzt werden, oder durch Röhrlöhne, die von Wasser oder auf sonstige Art getrieben werden.

Ueber die Gewerbekrankheiten der Seifenfabriker sind zu sagen den Herren Fobars und Ramazzini Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Patissier teilt darüber mit, daß ersterer behauptet, die Seifenfabriker seien klein aus, sie litt sehr an Verstopfungen in den Eingeweiden des Unterleibs, an wasserfülligen und andern ähnlichen Uebeln, die von Schwäche herrührten; selbst auf ihre Kinder betraf das ihre Krankheit und häufig sah man bei diesen Körpern und ungenügender Krankheit. — Ramazzini hingegen ist der Ansicht, daß das Seifenweiden gar nichts Schädliches für die Arbeiter sei. Das einzige, woran sie sich in acht nehmen müssen, ist die übermäßige Arbeit und die allzu große Hitze, der sie Tag und Nacht ausgesetzt sind und wobei sie doch nicht vermeiden können, von Zeit zu Zeit aus den heißen Werkstätten hinauszugethen, um

frische Luft zu schöpfen. Dabei erkälten sie sich leicht, bekommen Entzündungsfieber, Seitenstechen und Lungenentzündungen.“

Der Umstand, daß Arbeiter bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch die Einwirkung der zur Verarbeitung gelangenden Stoffe erkranken, hat naturgemäß die Menschen veranlaßt, auf Mittel und Wege zur Verhütung und Heilung solcher Krankheiten zu sinnen. Betrachten wir zuerst die Vorbeugungsmittel. Den Apothekern vertrat Patissier keine Schwämmen in der Annahme, daß sie selbst genügend gebildet seien, um sich schützen zu können. Den in Apotheken veräußerten Schwämmen rat er, daß sie nicht unterlassen, ihre Röcke, wenn sie schädliche Sachen darin zerhoben wollen, mit einem Fell zu bedecken; wenn dieselben aber starke Hitze sind, eine gläserne Maske vor das Gesicht zu nehmen. — Das beste Präservativ bleibt immer die Errichtung eines Rauchfanges mit einem künstlichen Ziehogen im Laboratorium und einem guten Ventilator im Fenster. Auch die Farbenreider sollen sich des letzteren bedienen.“

Nach Ansicht Patissiers sind die Arbeiter der mineralischen Säurefabriken einer Schädigung ihrer Gesundheit fast gar nicht ausgesetzt, sobald die Fabriken mit der nötigen Sorgfalt betrieben werden. „Das beste Mittel, aber, um sie vor den sauren Dünsten zu schützen, ist die Errichtung eines Rauchfanges mit dem künstlichen Ziehogen in den Werkstätten. Wenn die Leute in der Nachbarschaft solcher Fabriken über Störung der Gesundheit klagen, so müssen die Fenster in einem verschlossenen Raume eingesperrt, das Gas hindurchgetrieben und mittels einer langen Bleierne Röhre unter ein Gesicht mit Wasser gebracht werden, welches die Dünste aufnimmt und sie verhindert, sich in der Atmosphäre zu verbreiten.“

Zur Verhütung von Krankheiten, die durch die Einatmung mineralischer Dünste entstehen können, schlug man zuerst vor, trockene oder angefeuchtete Schwämme vor das Gesicht zu nehmen, sich gläserner Masken zu bedienen, auch sollten sich die Arbeiter durch biegsame lange Röhren, die mit der Außenluft in Verbindung stehen, reine Atmungsluft beschaffen. Patissier erklärt, daß sich der letzte Vorschlag als unpraktisch erweisen habe. Ein Vorschlag von Macquart, kleine, mit irgendeinem aromatischen Wasser angefeuchtete Schwämmen in die Nasenlöcher zu stecken, findet nicht ganz den Beifall Patissiers. Er erklärt: „Diese Vorschläge würden recht gut sein, wenn es nicht nötig wäre, den Mund verschließen zu halten, wodurch das Atmen sehr erschwert wird.“

die wieder eingestellten Arbeiter fanden die Schwämme, die von den Streikbrechern benutzt und in Betriebe heringeworfen waren, nicht wieder. Weil damals die Schwämme nicht abgeliefert werden konnten, haben die Arbeiter noch heute darunter zu leiden. Aufbewahrungsgeschranke oder Lasten für die Schwämme gibt es nicht. Die Arbeiter verkleben dieselben des Abends unter Frässern und Risten, je nachdem, wo sich Bindel finden. Infolge des Mangels an Schwämmen werden bei dieser Aufbewahrungsart viele Schwämme gestohlen, denn jeder Arbeiter ist darauf aus, einen Schwamm zu erwischen.

Der Speiseraum der Indigoarbeiter befindet sich im Bau 260. Die Reinigung dieses Raumes läßt viel zu wünschen übrig. Die Tische sind mit Indigo bedeckt. Das Troppapier wird, wenn auf den Tisch gelegt, indigoblau. Seit dem Streik sind die Tische noch nicht nach abgewischt worden, kein Wunder, wenn sie dann abfärben. Nicht einmal der Fußboden wird täglich gefegt.

In der Farbmühle gibt es 50 Pf. Staubgeld pro Tag. Dafür darf es aber auch ganz erbärmlich hauben. In der Mühle befindet sich ein Abzug, dessen Motor aber seit langer Zeit stillsteht. Nur ganz kurze Zeit war er versuchsweise im Gebrauch. Vor einiger Zeit war Revision des Betriebes durch die Gewerbe-Inspektion. Einer der Herren frag den Betriebsführer Dr. Seibel, wovon der starke Staub entsteht, worauf die prompte Antwort erfolgte, der Arbeiter hätte das Blech mit Indigo zu stark umgedreht. Jedenfalls ist es möglich, daß eine mechanische Entleerungsrichtung für Bleche geschaffen werden kann, so daß das Eindringen von Staub in den Arbeitsraum vermieden wird.

In Chlorbetriebe tritt die sogenannte Chloratone auf, eine Krankheit, die sich durch schmerzhaftes Geschwür am ganzen Körper empfindlich bemerkbar macht. Die chemischen Industriellen behaupten, daß diese Krankheit nicht mehr auftritt. In der Praxis treten aber fortwährend solche Krankheiten auf; furchig mußten die Herren von der Gewerbeaufsicht, unseres Wissens Herr Gewerbeamt König aus Speier und Landesgewerbeamt Dr. Köstch aus München, selbst einen solchen Fall wahrnehmen. Hoffentlich trägt unsere Kritik zur Besserung bei.

**Die Unternehmungskunst in der chemischen Industrie.**

Die allgemeine Lage der chemischen Industrie kann als günstig bezeichnet werden; besonders die Farbenfabriken haben einen sehr starken Geschäftsgang. Die Unternehmungskunst ist außerordentlich zugee. Im ersten Quartal d. J. stellte sich die Summe der in der chemischen Industrie neu angelegten Kapitalien auf 18,54 Millionen Mark, woraus sich eine Steigerung von 4,57 Millionen Mark gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ergibt. Statistische Vergleiche ergeben, daß für die letzten sechs Jahre die Unternehmungskunst in keinem Jahr so zugee war wie im ersten Quartal 1912. Von den diesjährigen Reingewinnen des ersten Quartals entfallen auf Neugründungen 16,13 Millionen Mark, auf Kapitalserhöhungen 2,41 Millionen Mark. Im ersten Quartal 1911 wurden für Neugründungen 6,48 Millionen Mark und für Kapitalserhöhungen 7,49 Millionen Mark aufgewandt. — In den ersten drei Monaten der Jahre 1906 bis 1911 verteilte sich die Summe der Reingewinne auf Neugründungen und Kapitalserhöhungen in Millionen Mark wie folgt:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Reingewinn	14,52	3,62	2,12	4,16	2,52	6,48	16,13
Kapitalserhöhungen	1,28	1,57	1,89	3,51	0,57	7,49	2,41

Sorab sei nochmals bemerkt, daß diese Ziffern nur für die ersten drei Monate gelten, in denen anscheinend der Zeitpunkt etwas ungünstig für Neugründungen und Kapitalserhöhungen gelegen ist, denn nachfolgende Investitionen erfolgten unseres Wissens nicht im ersten Quartal. Trotzdem läßt sich an der Zifferreihe der Neugründungen die Schwankung der Unternehmungskunst erkennen. Das erste Quartal im Jahre 1912 übertrifft, soweit Neugründungen in Betracht kommen, alle seine Vorgänger. Wir müssen schon bis 1906 zurückgreifen, um eine annähernd gleich hohe Ziffer zu bekommen.

**Haar-Oste.**

Infolge einer Vergiftung durch Gase, denen er sich nicht mehr zu entziehen vermochte, ist am 1. Mai im Landstrichhause zu Hanau der in den Farbenwerken von Cassella u. Co. in Fachsenheim beschäftigte Oberarbeiter Gerch, in Fachsenheim wohnhaft, gestorben. Wir erfahren von unbekannter Seite, daß G. kein Verhängnis nicht zum kleinsten Teil seinem Rebererferer zugesprochen hat, der ihn die nötige Vorsicht anzuweisen hätte lassen müssen. Die mit ihm in dem betreffenden Werke beschäftigten Arbeiter äußerten die Befürchtung und zogen sich rechtzeitig zurück, während G. die Gefahr weniger achtete und vermutlich in seiner Unvorsichtigkeit als Oberarbeiter eine besondere Probe seiner Unvorsichtigkeit und seines Pflichtbewusstseins geben wollte. Die Befürchtung für das Interesse der „armen“ Farbwerkherrn hat der Mann mit dem Leben bezahlt. Der Mann war seit einem Jahre vermitwet und hinterließ nun sieben vollstündig verwaiste Kinder, die jetzt auf die Gnade und Barmherzigkeit der Farbwerksmagnaten angewiesen sind. Wären die chemischen Arbeiter gut organisiert, so hätten sie nicht notwendig, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um sich die Gunst der Farbwerkherrn zu erlangen.

In der chemischen Fabrik Venster in Vadnigshausen a. Rh. wurde kürzlich der Fabrikarbeiter Jrg. Hofen von Mandach von einem Transportschiff ertränkt und heraufgehoben, wodurch ihm beide Beine gebrochen wurden. Der Bedienstete wurde ins nächste Krankenhaus verbracht.

**Verchiedene Industrien**

**„Lohnserhöhungen“ der Aktionäre in der Gummiindustrie.**

Wir haben bereits im „Proletarier“ Nr. 7 vom letzten Zusammenhänge der Gummiindustrie berichtet. Die Organisation soll nicht allein den Fabrikanten zur Erzielung hoher Verkaufspreise bei den Händlern dienen, sondern auch die Händler zur Beschaffung der Verkaufspreise den Fabrikanten gegenüber zwingen. Die letzte Generalversammlung der deutschen Gummiindustriellen beschloß, daß jede der angeschlossenen Firmen für sich als nächstbestmögliche erachten möchte, daß überall da, wo Händlervereinigungen bestehen, diese den Schutz des Verbandes betreffend Unternehmungskunst genießen. Es dürften einschlägige Waren nicht mehr, als von der betreffenden Händlervereinigung festgesetzt werden, ist verboten werden. Zwischenhandels-Händler werden vom Einkauf keine Waren mehr geliefert bekommen. Weiter soll Händlern, die nicht einer Händlervereinigung angehören, kein Gummi abgegeben werden. Die nächste Durchsicht dieser Bestimmungen hat das Bundesamt in eine Abfertigung von den Gummiindustriellen gebracht; die Kontinentalen müssen die Forderung bezahlen, während die Dividenden der Aktionäre nicht mehr zu zahlen sind.

Nachfolgende Tabelle die die Gewinnergebnisse der drei größten Gummiindustriellen aus den Jahren 1910 und 1911 enthält, beweist einiges:

Fabrik	Aktienkapital	Reingewinn		Dividende	
		1910	1911	1910	1911
Bremer Gummiwerke	4.500.000	608.145	754.516	360.000	8 540.000 12
Deutsche Gummi- und Kautschukwerke	4.000.000	528.121	704.681	292.000	8 320.000 10
Deutsche Gummiwerke	3.184.000	277.903	364.405	159.200	5 222.800 7

Der Reingewinn dieser Betriebe hat sich von 12,2 auf 15,6 Prozent. Aber auch die Dividenden zeigen erhebliche Regenerierung.

Die Germania-Gummiwerke in Bietigheim steigerten die Dividende von 5 auf 6 Prozent; die zur Verteilung gelangenden Summen waren 1910 190.000 Mk., 1911 150.000 Mk.

Poppe u. Wirt in Neudorf im Rheinlande wiederum 8 Prozent Dividende, die eine Summe von 192.000 Mk. erfordert und die in 100 Aktien von 20 auf 24 Prozent, wofür an Barsummen 620.000 Mk. resp. 744.000 Mark erforderlich sind. Auf ein Aktienkapital dieser 6 Betriebe in Höhe von 20,2 Millionen Mark wurden 1910 1,8 Millionen Mark Dividende, 1911 2,2 Millionen Mark Dividende verteilt. Das entspricht einer Durchschnittsdividende von 8,7 Prozent im Jahre 1910 und 10,9 Prozent für 1911. Die Aktionäre belamen 1911 425.680 Mk. mehr an „Söhnen“ ausbezahlt; sie erreichten demnach eine Lohnerhöhung um 2,4 Prozent, weil sie sich fest zusammenschlossen im Verband der Gummiindustriellen.

Leider ist von den Gummiarbeitern kein so günstiges Resultat über Organisationsangelegenheiten zu berichten. Würden alle Gummiarbeiter organisiert sein, dann könnte auch für sie ein Teil des Profits abfallen. Das Vorgehen der Gummiindustriellen, ihre erzielten Erfolge, werden den Gummiarbeitern die Notwendigkeit der Organisation in die Köpfe hämmern.

**Geschäftsergebnisse der Gummiindustrie.**

In Nr. 16 des „Proletarier“ haben wir vorwiegend eine Anzahl Aktiengesellschaften der Gummiindustrie aufgeführt, deren Bilanzen Verluste aufwiesen. Heute fügen wir ergänzend Aktiengesellschaften an, die vorwiegend Uebererträge aufweisen. Nach der Kontinental-Gummi- und Kautschuk-Kompanie folgt die Hannoverische Gummi- und Kautschuk-Kompanie, die ihren Aktionären wiederum 25 Prozent Dividende in den Schöpf wirft. Sie erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 878.373 Mk. Reingewinn. Das Werk blüht auf ein 50-jähriges Bestehen zurück und war im verflochtenen Jahre sehr gut beschäftigt. Die Fabrikanten mußten deshalb eine erhebliche Erweiterung erfahren. Der Umsatz an Fertigfabrikaten hat sich in den letzten zwei Jahren um 50 Prozent gehoben. Diese Ergebnisse hatten zur Folge, daß ein Antrag, das Aktienkapital um weitere 500.000 Mk. zu erhöhen, debattellos angenommen wurde. Natürlich wurden, wie es bei derartigen Transaktionen üblich ist, den Aktionären Vorteile beim Bezugsrecht geboten. Die neuen Aktien übernahm ein Konsortium zum Kurs von 260 Prozent mit der Verpflichtung, den Aktionären des Werkes solche zu 265 Prozent zu überlassen. Die Aktionäre machen dabei ein feines Geschäft. Die Aktien haben zurzeit einen Kurs von 420 Prozent, was einem Nennwert von 2.100.000 Mk. gleichkommt; die Aktionäre erhielten aber die Aktien zu 265 Prozent oder für 1.325.000 Mk., wodurch ihnen einen „Verdienst“ von 775.000 Mk. zuzüglich, ohne daß sie auch nur einen Finger krümmen zu machen brauchen. So leicht verdienen die Arbeiter ihr Geld nicht! — Die Albest- und Gummiwerke Alfred Calmon in Hamburg haben im verflochtenen Jahre einen Ueberertrag von 675.867 Mk. zu verzeichnen, während das Jahr 1910 einen Verlust von 644.505 Mk. gebracht hatte. Das Aktienkapital wurde belanlich um 2 Millionen Mark herabgesetzt und für den gleichen Betrag Vorkaufsscheine ausgegeben. Nach Vornahme der Abschreibungen und Rückstellungen auf Bestände verblieben noch 88.906 Mk., wovon 6 Prozent Dividende vom 13. Juli 1911 an zur Verteilung gelangen. Der Geschäftsgang ist sehr gut; an Lieferungsabschlüssen für Belopneumatik ist ein Zuwachs von 50 Prozent zu verzeichnen. — Ein immerhin noch gutes Gewinnergebnis hat die Mannheim-Gummi- und Kautschukfabrik erreicht. Der Reingewinn, der 1910 301.711 Mk. betrug, ermäßigte sich auf 257.842 Mk., woraus wieder eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden kann. — Die Gummi- und Kautschukfabrik E. Müller, Berlin, nahm eine Vereinigung mit ihrem Betriebe in Weiskessee vor, die die erwarteten Vorteile brachte, vor allem eine schnellere Expedition ermöglichte. Der Reingewinn stieg von 115.409 Mk. auf 118.283 Mk. und gestattete wiederum die Verteilung einer Prozentigen Dividende. Die Direktion erhielt 4339 Mk., der Aufsichtsrat 5785 Mk. Lohntiere, die Beamten 4600 Mk. Gratifikationen, die Arbeiter — nichts. Die Beschäftigung ist für das laufende Geschäftsjahr voraussichtlich gut.

Eine Steigerung des Reingewinns hatten ebenfalls die Vereinigten Hanf- und Gummiwarenfabriken in Gotha zu verzeichnen. Der Reingewinn stieg von 456.156 Mk. auf 461.730 Mk. Es gelangen wiederum 15 Prozent Dividende auf die alten und 4 Prozent auf die 800.000 Mk. neuen Aktien zur Verteilung. Der Umsatz ist fast gestiegen und dementsprechend der Geschäftsgang auch sehr flott. — In gleichem Sinne äußert sich der Geschäftsbericht der Leipziger Gummiwarenfabrik vormals Julius Marx, Heine u. Co. Der Reingewinn dieser Firma stieg von 101.894 Mk. auf 125.054 Mk. — Die Königlich-Gummi- und Kautschukfabrik vormals Ferdinand Kohnstadt u. Co. weist ein reduziertes Ertragnis auf. Der Reingewinn beträgt infolge des Abfalls von 130.466 Mk. Daraus werden verteilt 4 Prozent Dividende und 8 Prozent Superdividende, eine Summe von 129.600 Mk.

Eine erhebliche Besserung weist das Geschäftsjahr 1911 für die Norddeutschen Gummi- und Kautschukwarenfabrik in Berlin auf. Das vorhergegangene Jahr war belanlich keine Dividende ab, weil ein längerer Streik das Ertragnis stark beeinflusste. Die Firma schreibt: „Die Hoffnung, daß die durch den vorjährigen Streik entstandenen Nachteile, welche uns durch den dabei unermesslich gewordenen Arbeiterwechsel besonders empfindlich trafen, nur vorübergehende sein würden, hat sich erfüllt.“ Demnach hätte die Firma besser getan, wenn sie es nicht zum Streik hätte kommen lassen. Spätestens hat die Firma aus dem Streik die richtige Lehre auch für die Zukunft gezogen. Reichliche Beschäftigung in diesem Jahre, die oft bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Werkes ging, hat das Jahr 1911 gebracht. Nach reichlichen Abschreibungen von 108.102 (57.108) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 52.100 Mk., aus dem 3 Prozent Dividende verteilt werden.

Ein Überblick über die Ergebnisse des Jahres 1911 mit den Ertragnissen aus dem Jahre 1910 läßt sich zwar noch nicht über sämtliche Aktiengesellschaften der Gummiindustrie anstellen, jedoch liegen die Bilanzen von 18 Aktiengesellschaften vor, die ein Aktienkapital von rund 53 Millionen Mark aufweisen und eine vergleichende Ueberblick gestatten. Da in den Aktiengesellschaften der Gummiindustrie annähernd 60 Millionen Mark Aktienkapital investiert sind, so sind die noch ausstehenden Bilanzen bei Betrachtung der Ergebnisse sämtlicher Aktiengesellschaften von untergeordneter Bedeutung. Es ergibt sich folgendes:

Jahr	Aktienkapital	Reingewinn	Verlust	Dividende	Durchschnitts-Dividende
1910	51.880.000	10.013.883	2.193.717	7.317.640	14,2 Prozent
1911	52.930.000	7.655.955	5.048.407	5.901.140	10,5

Die Durchschnittsdividende sank von 14,2 auf 10,5 Prozent, der Durchschnitts-Reingewinn von 19,5 auf 14,5 Prozent, während die Durchschnittsverlustsumme von 4,3 Prozent auf 9,7 Prozent stieg. Trotzdem ist alle Berichte von gutem Geschäftsgang berichten, ergibt sich ein ungünstiges Resultat für die Gesamtindustrie. Die Ursache dieses Resultats lag diesmal nicht an den Gummiindustriellen Deutschlands, auch nicht an den Gummiarbeitern, sondern einzig und allein an den Kautschukproduzenten und -händlern. Eine gerabegene wachstümliche Steigerung der Rohkaufschulpreise trat ein, welcher kurz darauf ein rapider Preisrückgang folgte. Am besten wird diese Tatsache durch folgende Tabelle illustriert, die wir der Arbeit von Wolf-Spavel „Der Kautschuk“ entnehmen. Für zwei der wichtigsten Kautschuksorten ergaben sich in den Jahren 1861 bis 1911 etwa folgende Durchschnittspreise für 1 Kilogramm in Mark:

Sorte	1861	1871	1881	1891	1901	1906	1908	1910	1911
Para fine	4,50	6,50	8, —	12, —	6,50	7,50	9,50	12,50	8, —
hard cure	4,50	6,50	8, —	12, —	6,50	7,50	9,50	12,50	8, —
Ia.	—	—	—	—	—	7,50	9,50	7, —	15, —
Afrikaner	—	—	—	—	—	7,50	9,50	7, —	15, —

Der Höchstpreis für Parafin wurde 1910 mit 28 Mark pro Kilogramm erreicht. Er fiel im gleichen Jahre auf 12,30 Mark zurück, stieg 1911 auf ein Maximum von 17,30 Mark pro Kilo, sank kurz darauf auf 8,70 Mark und hielt zurzeit auf etwa 11 Mark. Das Jahr 1911 und einen Teil der Rohkaufschulpreise machte jede Disposition im Einkauf unmöglich, billiger resp. vorzeitiger Einkauf war mehr vom günstigen Zufall abhängig. Fabrikanten, die sich zu hohen Preisen eingekauft hatten, mußten ihre aus dem Kaufschul hergestellten Fabrikate infolge Rückganges der Verkaufspreise — der keine Ursache im Rück-

gang der Rohkaufschulpreise hatte — zu billigen Preisen verkaufen, woraus sich erhebliche Verluste ergaben.

Diese Situation hat erneut Ansporn gegeben, einerseits den Anbau von Gummipflanzungen zu fördern, um Rohkaufschul in großen Mengen zur Verfügung zu haben und derartige Preissteigerungen für die Zukunft zu inhibieren, und andererseits waren Chemiker und Gummiindustrieller an der Arbeit, Ersatzstoffe für Kautschuk zu finden, alte Kautschuffabrikate zu regenerieren und der Synthese des Kautschuks neue Bahnen zu weisen. Zufriedenstellende Resultate ergaben sich auf der Suche nach Ersatzstoffen und Regeneraten. Ungelöst ist trotz jahrelanger Versuche das Problem synthetischer Kautschuk auf technischem Wege billiger als Rohkaufschul zu produzieren zu können. Der gelübte Ersatzbergwerk wird auch mit diesem Problem noch zu Rande kommen; aber dann erschließt sich voraussichtlich eine neue Profitmühle für — chemische Kapitalisten.

**Ein beleidigter Direktor.**

In einer Gerichtsverhandlung, die in Frankfurt a. M. am 19. April dieses Jahres stattfand, wurde der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“ wegen Beleidigung des früheren technischen Direktors der Dunlop-Werke — Dr. Bödlen — zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die „Volksstimme“ hatte sich in mehreren Artikeln mit den Arbeiterverhältnissen der Dunlop-Werke in Hanau beschäftigt. In einem Bericht: „Die Dunlop-Werke mit dreieiertel Millionen Unterbilanz“, wurde Dr. Bödlen vorgeworfen, daß das ungünstige Geschäftsergebnis auf seine „schandhafte Wirksamkeit“ und die „seiner Getreuen, die mit ihm gegangen waren“, zurückzuführen sei. Weiter wurde ihm vorgeworfen, daß er mit den Arbeitern schalten und walten durfte, wie es ihm beliebt und Leben und Gesundheit derselben gefährdete. Bödlen, der jetzt Direktor der Kautschuk-amerikanischen Gummiabrik in Petersburg ist, erhob Klage und war zur Verhandlung persönlich erschienen.

Zu Beginn der Verhandlung machte der Vorliegende Rückert den üblichen Vergleichsvorschlag, der vom Verteidiger des Klägers abgelehnt wurde. Ein verschärfter Vergleichsvorschlag wurde vom Verteidiger des Angeklagten abgelehnt. Bödlen führte aus, daß er durch diesen Bericht der „Volksstimme“ den Weg verlegt bekommen, jemals wieder in Deutschland Direktor einer Gummiabrik zu werden, weil ihm vorgeworfen sei, er behandle die Arbeiter in einer das Leben gefährdenden Weise und die Unterbilanz sei auf seine schandhafte Wirksamkeit zurückzuführen. Die „Volksstimme“ sei an den Vorstand des Aufsichtsrats der Fabrik gefandt worden, wo er Direktor ist. Der Verteidiger bot den Beweis für die schlechte Behandlung der Arbeiter und auch dafür an, daß durch die fehlerhaften Maßnahmen Bödlen die Unterbilanz kommen mußte. Der Rechtsbeistand Bödlen erklärte, daß Bödlen deshalb so schief vorgegangen sei, weil durch die lange Krankheit seines Vorgängers Disziplinlosigkeit in der Arbeiterschaft eingerissen sei. Durch sein Vorgehen hätten sich die Arbeiter gerächt und die Fabrikate vorzüglich verborben. Bödlen sei auch nicht „gegangen worden“, sondern nach freundschaftlicher Uebereinkunft ausgeschieden und belam außerdem noch 8000 Mark Entschädigung. Diese hätte man ihm, wenn seine Wirksamkeit schandhaft gewesen wäre, sicher nicht ausgezahlt.

Es kam zur Beweisaufnahme. Zuerst wurde der kaufmännische Direktor der Dunlop-Werke, Bräuning, aufgerufen. Er behauptete, für ihn und den Aufsichtsrat habe es keinem Zweifel unterlegen, daß Bödlen seinem Posten nicht gewachsen war. Die Unterbilanz resultiere aus der fehlerhaften Fabrikation Bödlen. Es wurde deshalb Bödlen nahegelegt, nach anderthalbjähriger Tätigkeit auszuscheiden, obgleich er zweijährigen Kontrakt hatte. Bödlen habe eine Entschädigung von 8000 Mark bekommen und unter Umständen hätte man ihm noch mehr gegeben, um ihn los zu werden. Weiter führte Bräuning aus: „Die Schläuche hielten keine Luft, sie kamen rascher zurück, als sie geliefert waren. Was die angebliche Sabotage der Arbeiter anbelangt, so sei richtig, daß einmal eines Tages Holzspäne in der Gummimischung gefunden wurden. Darauf kann natürlich nicht die fortgesetzte Fehlfabrikation zurückgeführt werden.“ Als Bödlen eine Reise nach England machte, ließ Bräuning Schläuche nach der Art herstellen, wie es vor Bödlen gehandhabt worden war. Diese Schläuche hielten. Bödlen wollte die Unterbilanz mit den erheblichen Preisfluktuationen des Rohkaufschuls begründen. Bräuning entgegnete, daß deshalb die Fabrikate nicht schlechter zu werden brauchen. Insbesondere hatten doch die Fabrikate von 1909 nichts damit zu tun. Allgemein sei es bei den Gummiabriken üblich, im Herbst die Abschlässe auf Fabrikate für das ganze Jahr zu machen. Dr. Bödlen behauptete nun, daß sei im Herbst 1909 geschehen, ohne sich mit Rohmaterial für das ganze Jahr einzudecken. Wichtig sei, daß Dr. Bödlen im Jahre 1910 30 Tonnen Rohgummi auf eigene Faust viel zu teuer eingekauft habe zu einer Zeit, wo es noch nicht benötigt wurde. Nachher sei das Gummi wieder billiger geworden. Die zweite Unterschrift unter den Kaufvertrag habe der kaufmännische Direktor Wagner geleistet, der ganz unter dem Einfluß Bödlen stand. Seit dem Abgang Dr. Bödlen, erklärte Direktor Bräuning weiter, haben sich die Verhältnisse wieder gehoben, wenn wir auch wiederum eine Unterbilanz von etwa 500.000 Mk. hatten. Dann wollte Bödlen die Fehlfabrikate auf den Mangel an ordentlichen Regenerationsanlagen zurückführen, worauf ihm der kaufmännische Direktor erklärte, daß es Sache des technischen Leiters — also Bödlen — gewesen sei, für Abhilfe zu sorgen. Infolge fortwährender Mängel der Qualität sandte die englische Hauptfabrik ihren ersten Techniker Benner nach Hanau, der bestätigte, daß der Hanauer Betrieb nicht auf der Höhe sei. Es wurde grundfalsch fabriziert.

Ueber die schlechte Behandlung der Arbeiter wurde eine Reihe Zeugen vernommen. Als erster Zeuge Portier Kredel. Zeuge Dr. Bödlen neun Wochen lang mit je 3 Mk. bestraft, weil er nach einer Instruktion handelte, die ihm ein Vorkreisleiter erteilt hatte. Zeuge Scherer: Es ist von Bödlen viel gestraft worden. Früher war es nicht so und es ist auch jetzt nicht so. Als er, Scherer, einmal die Dammen in der Tafel hatte, während er mit Bödlen sprach, herrschte ihn dieser an, er solle sich ordentlich hinstellen. Zeuge Gutbell: Ein Arbeiter, der täglich 400 bis 500 Str. Koffen vom Lagerplatz nach der Feuerung bringen muß, ach um 4 Uhr ein Stück trockenes Brot und trant ein flüssiges Bier dazu. Dr. Bödlen traf ihn dabei und der Mann mußte 50 Pf. Strafe bezahlen. Weil jemand in einer Abteilung auf den Boden geipudt hatte und der Täter nicht zu ermitteln war, wurde die ganze Abteilung mit 50 Pf. bestraft. Ein Arbeiter, der sich beim Lageristen über das schlechte Del beschwert hatte, mußte 1,50 Mk. herappan. Auf das Eingreifen der Arbeiter hat Dr. Bödlen den Betrag zurückgezahlt. Ein Arbeiter wurde mit drei Mark Strafe belegt, weil er eine Kiste über Nacht auf der Wage stehen gelassen hatte. Zeuge Mosmeier: Ich war fünf Jahre in der Fabrik und nie krank. Eines Morgens fühlte ich mich unwohl und ließ mir von dem „Samariter“, der den für solche Fälle gelieferten Kognal in Verwahrung hatte, ein Gläschen Kognal geben. Nachdem ich getrunken hatte, wurde mir noch schlechter und ich mußte mich brechen. Der „Samariter“ trant den Rest aus dem Glase, und auch er mußte sich brechen. Am andern Morgen spudte ich Blut und meldete mich deshalb bei Dr. Bödlen krank. Da sagte er: „Habe ich auch? Für Schlingelst lauft mir den Kognal weg!“ und warf uns auf die Straße. Er hatte ein Brechmittel in den Kognal getan.

Die Beweisaufnahme ging in einer Form vor sich, die den Verteidiger des Angeklagten zu folgender Erklärung veranlaßte: „Solange die Beweisaufnahme stattgefunden hat, habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß die Zeugen, die zugunsten des Angeklagten auszusagen sollen, vom Vorsitzenden mit Bemerkungen unterbrochen werden, die das klare Bild der Verhandlung stören. Ich bin deshalb nicht in der Lage, weiter zu verhandeln, weil ich eine ersprießliche Wirkung von meiner Verteidigung nicht erwarten kann. Ich lege die Verteidigung nieder.“ Hierauf hielt der Verteidiger des Klägers die Anklagerede. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Urteil selbst soll in der „Volksstimme“ und in der „Gummizeitung“ publiziert werden. Der Artikel sei in der Form schwer beleidigend, die behaupteten Tatsachen nicht richtig. Die Unterbilanz sei auf die ungünstige Konjunktur zurückzuführen. Die Arbeiter seien nicht in besonders roher Weise behandelt worden. Das Brechmittel sei eine harmlose Sache. Wir sind trotz des Urteils der Meinung, daß die Gummiarbeiter Deutschlands (und vielleicht auch die Gummiunternehmer) wünschen, daß Dr. Bödlen dauernd in Rußland bleiben möge.